

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 185

Oktober 2010

€ 0,50

Sarrazin: Langjähriger Scharfmacher des Berliner SPD/Linke-Senats

Nieder mit „Sparpaket“ und antimuslimischer Hetze!



IG Metall

Über 80 Milliarden Euro will die CDU/FDP-Regierung mit ihrem „Sparpaket“ im Bundeshaushalt bis 2014 einsparen und für die zwei Jahre danach ist schon jetzt von weiteren Kürzungen in der gleichen Größenordnung die Rede. Der größte Teil davon, über ein Drittel, ist im Sozialbereich geplant, d. h. bei den Hartz-IV-Empfängern. Deren Zahl stieg im April auf 6,7 Millionen, darunter 1,7 Millionen Kinder. Die Armsten und Schwächsten der Gesellschaft blechen nun für die Krise des Kapitalismus. In einer Situation, wo es massive Wut in der Bevölkerung gegen die staatlich aufgepöppelten Banken und das „Sparpaket“ der Regierung gibt, kam das antimuslimische Machwerk des damaligen Bundesbankvorstandsmitglieds Thilo Sarrazin mit dem hetzerischen Titel „Deutschland schafft sich ab“ wie gerufen. Darin behauptet Sarrazin, Muslime würden zu viele Kinder kriegen und würden drohen, Deutschland bis 2100 zu „übernehmen“.

Die Debatte um Sarrazin bringt ein neues, unheilvolles Auftrumpfen des deutschen Imperialismus zum Ausdruck, wie es sich schon bei der Schuldenkrise von Griechenland Anfang des Jahres abzuzeichnen begann. Spielte Deutsch-



Spartakist

Links: IG-Metall-Protest für gleiche Bezahlung von Leiharbeitern bei Airbus in Hamburg, 18. August. Rechts: Spartakisten intervenieren bei Berliner Demo zum Jahrestag des Putsches in der Türkei gegen Sarrazins Rassenhetze, 12. September

land früher den Zahlmeister, wenn es zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der EU kam, so ließ das deutsche Kapital diesmal Griechenland immer weiter an den Rand der Zahlungsunfähigkeit schliddern, während die Zinsen für griechische Staatsanleihen aufgrund der deutschen Blockade gegen Rettungspläne in der EU explodierten. Erst als die Zinsen auch für Staatsanleihen von Portugal in die Höhe gingen und sich ein Szenario abzuzeichnen begann, wo einer Pleite Griechenlands sehr bald Portugal, Spanien und sogar Italien gefolgt wären, gab Merkel nach und stimmte einem erpresserischen „Rettungspaket“ zu. Übelster Chauvinismus wurde gegen die Griechen vom Stapel gelassen, für eine „Hilfe“, die Verbindlichkeiten deckt, die zu einem Großteil von deutschen Banken gehalten werden. Mit anderen Worten wurde vor allem den deutschen Banken geholfen und der deutsche Staat heimst die mit schlimmsten Kürzungen bei der griechischen Bevölkerung erkauften Rückzahlungen mit Zins und Zinseszins ein. Ein solches imperiales deutsches Großherrentum hat man lange nicht mehr gesehen.

Fortgesetzt auf Seite 17

Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

Ehrt Leo Trotzki



TROTZKI

Der 20. August markiert den 70. Jahrestag der Ermordung von Leo Trotzki, gemeinsam mit W.I. Lenin Führer der proletarischen Russischen Revolution im Oktober 1917. Nachfolgend drucken wir Auszüge einer Rede von James P. Cannon, Gründer des amerikanischen Trotzkismus, ab, die er bei einer Gedenkveranstaltung in New York hielt, acht Tage nachdem Trotzki von einem stalinistischen Agenten in Mexiko ermordet wurde.

Das gesamte Leben des Genossen Trotzki, seit er sich im Alter von 18 Jahren in der russischen Provinzstadt Nikolajew der Arbeiterbewegung anschloss bis zu seinem Tode 42 Jahre später in Mexiko-Stadt, war ganz und gar der Arbeit und dem Kampf für eine zentrale Idee gewidmet. Er trat für die Befreiung der Arbeiter und aller Unterdrückten dieser Welt ein und kämpfte für die Transformation der Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus durch die soziale Revolution. Er ging davon aus, dass eine revolutionäre politische Partei der Arbeiteravantgarde benötigt wird, um die Befreiung durch die soziale Revolution zum Erfolg zu führen... Trotzki glaubte selbst, dass Ideen die größte Macht in der Welt besitzen. Ihre Autoren mögen getötet werden, aber sobald Ideen sich verbreiten, entwickeln sie ein Eigenleben. Richtige Ideen finden ihren Weg über alle Hindernisse hinweg. Dies war die zentrale, dominierende Konzeption in der Philosophie des Genossen Trotzki. Er erklärte uns dies viele, viele Male. Er schrieb einmal: „Es ist nicht die Partei, die das Programm [die Idee] schafft; es ist das Programm, das die Partei schafft.“ In einem persönlichen Brief an mich schrieb er einmal: „Wir arbeiten mit den korrektesten und machtvollsten Ideen dieser Welt, jedoch sind unsere Anzahl und materiellen Mittel unzureichend. Aber langfristig werden richtige Ideen immer siegen und die für sie notwendigen Mittel und Kräfte finden.“

Trotzki, ein Schüler von Marx, dachte wie dieser: Eine „Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.“ Aufgrund dieser Überzeugung zweifelte Genosse Trotzki niemals daran, dass seine Arbeit ihn überleben würde. Mit dieser Überzeugung konnte er auf seinem Totenbett Zuversicht in den zukünftigen Sieg der Vierten Internationale verkünden, die diese Ideen ver-

körpert. Diejenigen, die daran zweifeln, kennen Trotzki nicht.

Trotzki selbst war davon überzeugt, dass seine größte Bedeutung, sein größter Wert, nicht in seinem physischen Leben oder seinen epischen Taten bestand, die die Leistungen aller heroischen Personen der Geschichte in ihrer Wirkung und ihrer Größe in den Schatten stellten – sondern in dem, was er hinterlassen würde, nachdem die Mörder ihr Werk getan hatten. Er wusste, dass sein Schicksal besiegelt war, und kämpfte gegen die Zeit, um uns so viel wie möglich zu hinterlassen, und durch uns der gesamten Menschheit. Während der elf Jahre in seinem letzten Exil hat er sich wie ein Galeerenklave an seinen Schreibtisch gekettet und geschuftet – so wie niemand von uns es jemals geschafft hätte, mit solcher Energie und solcher Ausdauer und Selbstdisziplin, wie nur Genies arbeiten können. Er arbeitete gegen die Zeit, um den reichen Inhalt seines mächtigen Verstandes durch seine Feder fließen zu lassen, und ihn für uns und jene, die nach uns kommen, in bleibender schriftlicher Form zu erhalten...

Er war auch ein großer Mann der Tat, ganz klar. Seine Taten sind in der größten Revolution der Geschichte der Menschheit verewigt. Aber im Gegensatz zu den Opportunisten und Mächtigenführern wurden seine Taten durch große Ideen inspiriert, die immer noch lebendig sind. Er machte nicht nur eine Revolution; er schrieb ihre Geschichte und erklärte die grundlegenden Gesetze, die für alle Revolutionen maßgeblich sind. In seiner *Geschichte der Russischen Revolution*, die er als sein Meisterwerk betrachtete, gab er uns einen Leitfadens für neue Revolutionen, oder besser, für die Ausweitung der Revolution weltweit, die im Oktober 1917 ihren Anfang nahm.

„Zum Gedenken an den Alten Mann“, *Socialist Appeal*, 7. September 1940



LENIN

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Barbara Köhler,
Renate Müller, Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur),
Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)
Vertriebsleiter: Daniel Witt

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Jahresabonnement € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. September 2010

Nr. 185

Oktober 2010

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

Militante Streikwelle in China



Für eine klassenkämpferische Führung!

Reuters

Lindquist/NY Times

Links: Streikende Honda-Arbeiter in Foshan stellen sich gegen Schläger (mit Mützen) des offiziellen Gewerkschaftsbundes ACGF, 31. Mai. Rechts: Arbeiterinnen demonstrieren vor Honda-Werk in Zhongshan, 11. Juni

Folgender Artikel ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 961, 2. Juli, Zeitung unserer amerikanischen Genossen der Spartacist League/U.S.

Die Welle von Streiks für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, die in den letzten Wochen China erfasste, muss von klassenbewussten Arbeitern auf der ganzen Welt unterstützt werden. Die Streiks begannen am 17. Mai in einem Honda-Getriebewerk in Foshan in der südlichen Provinz Guangdong, das die Arbeiter fast drei Wochen lang dichtmachten. Da so die Auslieferung gestoppt war, kam die Produktion in allen Montagewerken des Unternehmens in ganz China zum Erliegen.

Nachdem die Arbeiter von Foshan etwa 30 Prozent Lohn-erhöhung erstritten hatten, breiteten sich Streiks auf andere Fabriken in der florierenden Industrieregion Guangdong und darüber hinaus aus. Die meisten Streiks trafen Fabriken im Besitz ausländischer Konzerne, insbesondere die japanischen Autofirmen. Auch mehrere Fabriken in taiwanesischem Besitz wurden von den Arbeitern bestreikt, darunter eine Fabrik für Gummiprodukte in der Nähe Shanghais, wo es bei Zusammenstößen mit der Polizei etwa 50 Verletzte gab, ebenso Fabriken im Besitz von chinesischen Kapitalisten vom Festland.

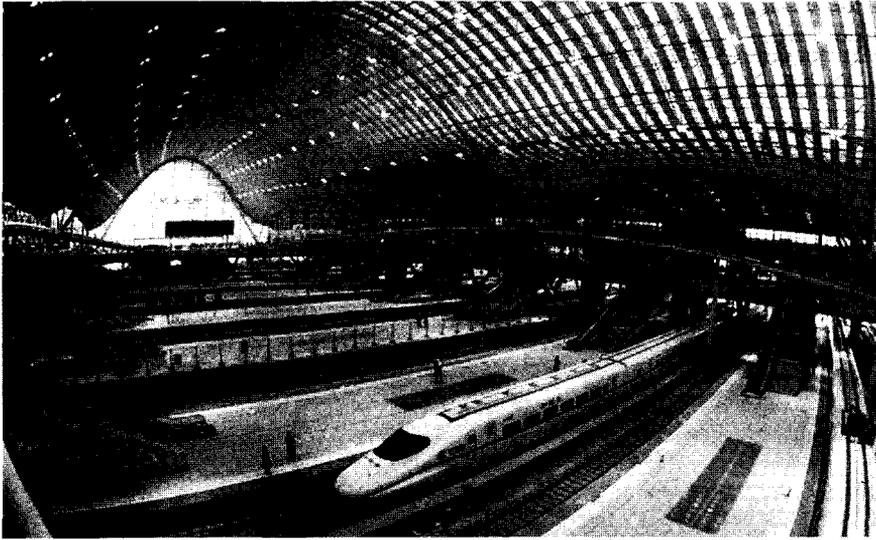
Die in China operierenden ausländischen und einheimischen Kapitalisten haben durch Ausbeutung einer hauptsächlich aus Wanderarbeitern vom Lande bestehenden Arbeiterschaft riesige Profite angehäuft. Viele Arbeiter werden gezwungen, 60 bis 70 Stunden pro Woche zu arbeiten bei Löhnen, die kaum über dem Existenzminimum liegen. Die Bedingungen, unter denen sie arbeiten müssen, wurden durch die ausführliche Berichterstattung über die Selbstmordwelle in der riesigen Elektronikfabrik von Foxconn in Shenzhen, das auch in Guangdong liegt, lebhaft vor Augen geführt. Mindestens zehn Arbeiter haben sich dieses Jahr in

diesem in taiwanesischem Besitz befindlichen Fabrikkomplex das Leben genommen. Über 300.000 Arbeiter schufteten hier und bauen in langen Arbeitstagen und unter strenger Disziplin Computer und Telefone für Apple, Dell, Sony und andere große amerikanische und japanische Unternehmen zusammen. Gleichzeitig weist die enorme Konzentration von Arbeitern bei Foxconn auf die ungeheure potenzielle Macht der chinesischen Arbeiterklasse hin.

Durch seine gewaltige wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten hat China mittlerweile die bei weitem größte Industriearbeiterklasse der Welt. Daher sind die von den dortigen Arbeitern geführten Kämpfe von großer Bedeutung. Im Zuge der Revolution von 1949 wurde in China der Kapitalismus gestürzt und eine kollektivierte Wirtschaft eingeführt. Obgleich von Anfang an durch die Herrschaft der stalinistischen Bürokratie der chinesischen Kommunistischen Partei (KPCh) deformiert, war der revolutionäre Umsturz ein gewaltiger Sieg für die arbeitenden Menschen überall. Trotz des kapitalistischen Vordringens aufgrund der von der KPCh eingeführten „Marktrefor-men“ basiert Chinas Kernindustrie weiterhin auf Staatseigentum (siehe „Chinas ‚Marktrefor-men‘ – eine trotzkistische Analyse“, *Spartakist* Nr. 164, Herbst 2006 und Nr. 165, Winter 2006/2007).

Im Gegensatz zu den großen kapitalistischen Ländern, die in einer tiefen Rezession stecken, was mehrere zehn Millionen Entlassungen bedeutete, ist die chinesische Wirtschaft in den letzten zwei Jahren weiterhin gewachsen, obwohl der exportorientierte Sektor dieser Wirtschaft durch den globalen Abschwung etwas in Mitleidenschaft gezogen wurde. Was China davor bewahrte, in die tiefe Wirtschaftskrise hineingezogen zu werden, die integraler Bestandteil des kapitalistischen Systems der Profitproduktion ist, war die Fähigkeit, Ressourcen im kollektivierten Kernbereich zu lenken. Chinas Wirtschaft wächst nun wieder zügig, was

**Verteidigt den bürokratisch deformierten Arbeiterstaat China!
Für proletarisch-politische Revolution!**



Xinhua

Hochgeschwindigkeitszug in Wuhan, Dezember 2009. Kollektivierter Kern von Chinas Wirtschaft hat Wirtschaftswachstum beflügelt, während die kapitalistische Welt in der Krise steckt

einen bedeutenden Arbeitskräftemangel hervorbringt. Staatliche Investitionen in Städten im chinesischen Hinterland haben viele der Wanderarbeitskräfte aufgesaugt, die zuvor zu den Fabriken der östlichen Küstenregionen migriert waren.

Die imperialistischen Großmächte – die USA, Japan, Deutschland u. a. – sind weiterhin entschlossen, in China die kapitalistische Herrschaft wiederherzustellen und das Land vollständig für kapitalistische Ausbeutung zu öffnen. Ebenso wie Arbeiter in den kapitalistischen Ländern ihre Gewerkschaften trotz der gegenwärtigen Gewerkschaftsführungen und deren Ausverkaufspolitik gegen die Bosse verteidigen müssen, müssen sie China trotz der repressiven Herrschaft der stalinistischen Bürokratie und deren mannigfaltigen Anpassungen an den Kapitalismus gegen kapitalistische Konterrevolution verteidigen.

Die KPCh-Bürokratie bietet ausländischen Unternehmen Wanderarbeiter zu Niedriglöhnen zur Ausbeutung an und agiert so de facto als Arbeitsvermittler für die Imperialisten und chinesischen Offshore-Kapitalisten. In der Bürokratie selbst gibt es mittlerweile beträchtliche Elemente mit familiären oder anderen Bindungen zu kapitalistischen Unternehmern, und vor einigen Jahren erließen die Ja-Sager vom Nationalen Volkskongress ein Gesetz, das Rechte von Privateigentümern stärkte. Dennoch stützt sich die Bürokratenkaste der KPCh immer noch auf die materielle Basis der vergesellschafteten Wirtschaft, Quelle ihrer Macht und ihrer Privilegien.

Die chinesische Arbeiterklasse muss die parasitäre stalinistische Bürokratie hinwegfegen, die das System des nationalisierten Eigentums im Inneren ernsthaft geschwächt hat und gleichzeitig auf internationaler Ebene dem Imperialismus gegenüber beschwichtigend auftritt. Notwendig ist eine proletarisch-politische Revolution, um die Errungenschaften des Arbeiterstaates zu verteidigen und auszuweiten und die Macht direkt in die Hände gewählter Arbeiter- und Bauernräte zu legen. Dies könnte proletarisch-sozialistische Revolutionen im gesamten kapitalistischen Asien anfeuern, einschließlich im industriellen Machtzentrum Japan und anderswo. Der Aufstieg eines von Arbeiter- und Bauernräten regierten Chinas würde auch dazu beitragen, die Arbeiter Taiwans zum Sturz ihrer kapitalistischen herrschenden Klasse anzuspornen, was zur revolutionären Wiedervereinigung Chinas führen würde.

Das chinesische Pulverfass

Angesichts wachsender Unzufriedenheit an der gesellschaftlichen Basis hat Hu Jintaos KPCh-Regime einige der

Maßnahmen des „freien Marktes“ im Namen des Aufbaus einer „harmonischen Gesellschaft“ abgebremsst. Die KPCh-Bürokraten haben ihre „arbeiterfreundliche“ Rhetorik verstärkt, und in vielen Provinzen und großen Städten sahen sich die Behörden gezwungen, den Mindestlohn wesentlich zu erhöhen. Das bürokratische KPCh-Regime verteidigt die im chinesischen deformierten Arbeiterstaat verkörperten Errungenschaften nur insoweit, als es die Arbeiterklasse fürchtet.

Ungewöhnlicherweise erlaubten die KPCh-Herrscher anfangs eine ausführliche Berichterstattung der einheimischen Medien über die Streiks, insbesondere über die in Fabriken in japanischem Besitz. Dies ging einher mit einer ebenso ungewöhnlichen Offenheit über Chinas wachsende soziale Ungleichheit. Unter Berufung auf einen Führer des Allchinesischen Gewerkschaftsbunds (ACGB) berichtete *China Daily* (13. Mai), dass der Arbeitslohnanteil am Bruttoinlandsprodukt des Landes zwischen 1983 und 2005 von 57

auf 37 Prozent gefallen ist. Ein Leitartikel in der *Global Times* (2. Juni), einem Ableger von *China Daily*, erklärte:

„Zugegebenermaßen gehören die gewöhnlichen Arbeiter zu denjenigen, die in den letzten drei Jahrzehnten der Öffnung den geringsten Anteil am wirtschaftlichen Wohlstand abbekamen... Die zeitweilige Stilllegung der Fertigungsbänder in den vier Honda-Werken zu einer Zeit, in der Autos japanischer Marken auf dem Markt zunehmend gefragt sind, wirft ein Licht auf die Notwendigkeit eines organisierten Arbeiterschutzes in chinesischen Fabriken.“

Inzwischen hat die Bürokratie, zweifellos beunruhigt über die Ausweitung der Streiks, solche Medienberichterstattung stark eingeschränkt.

Die meisten der Streikführer scheinen junge Wanderarbeiter zu sein, darunter bemerkenswerterweise auch Arbeiterinnen. Sie zeigten beeindruckende Militanz und organisatorische Fähigkeiten, dabei benutzten sie auch das Internet und SMS zur Mobilisierung der Arbeiter und um Entwicklungen anderswo mitzuverfolgen. Hervorzuheben ist, dass Arbeiter in Foshan und einer anderen Honda-Fabrik in Zhongshan beschlossen, ihre eigenen Streikführer und Verhandlungskommissionen zu wählen, unabhängig vom ACGB, dem mit der herrschenden KPCh verbundenen offiziellen Gewerkschaftsverband. In einer Anzahl von Fällen haben ACGB-Bürokraten offen mit der Betriebsleitung zusammengearbeitet und versucht, eine Wiederaufnahme der Arbeit zu erzwingen. Von der Gewerkschaftsbürokratie organisierte Schläger gingen am 31. Mai auf Honda-Streikende in Foshan los und verletzten mehrere. Am nächsten Tag entschuldigten sich die gleichen ACGB-Bürokraten öffentlich, versuchten aber gleichzeitig, ihre Rolle bei dem Angriff herunterzuspielen.

Die Streikenden in Foshan forderten unter anderem „eine Neuorganisation der örtlichen Gewerkschaft; Neuwahlen des Gewerkschaftsvorsitzenden und anderer Repräsentanten sollen durchgeführt werden“. Am 11. Juni führten Streikende in Zhongshan eine Protestdemonstration durch, die ebenfalls das Recht auf Wahl ihrer eigenen Gewerkschaftsführer forderte. Zwar hatten die stalinistischen Herrscher 1982 das Streikrecht aus Chinas Verfassung gestrichen, doch 2008 haben verschiedene Reformen der Arbeitsgesetze es für Arbeiter leichter gemacht, sich für die Verteidigung ihrer Interessen zu organisieren. Viele Streikende gaben Reportern unter Berufung auf diese Gesetzesreformen zu verstehen, sie seien der Ansicht, dass sie ein Recht auf Streik hätten.

Ein offener Brief Li Xiaojuans, einer jungen Arbeiterin, im Namen des Verhandlungskomitees der Streikenden von Foshan, erklärte:

„Wir müssen ein hohes Maß an Geschlossenheit aufrechterhalten und dürfen uns nicht von den Vertretern des Kapitals gegeneinander ausspielen lassen... Die Profite dieser Fabrik sind die Früchte unserer harten Arbeit... Dieser Kampf dreht sich nicht nur um die Interessen unserer 1800 Arbeiter. Uns liegen auch die Rechte und Interessen aller chinesischen Arbeiter am Herzen.“ (zitiert in *Financial Times* [London], 10. Juni)

Chinesische Arbeiter brauchen eine klassenkämpferische Führung, um ihren Kampf voranzubringen, den kapitalistischen Unternehmen, die sie ausbeuten, soviel wie möglich abzurufen, die verheerenden Auswirkungen der Inflation zu bekämpfen und ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern. Auch Arbeiter in der staatseigenen Industrie brauchen eine solche Führung, um ihren Lebensstandard zu schützen und zu verbessern und um gegen bürokratische Übergriffe zu kämpfen. Untrennbar verbunden mit dem Kampf zur Ersetzung des parasitären KPCh-Regimes durch eine Herrschaft der Arbeiter- und Bauernräte ist der Aufbau von Gewerkschaften, die von bürokratischer Kontrolle frei sind. Selbst in einem Arbeiterstaat, in dem echte Arbeiterdemokratie herrscht, sind Gewerkschaften notwendig, um sich gegen mögliche Übergriffe und Missbrauch zu verteidigen und um bei der Planung von Produktion und Arbeitsmethoden mitzuarbeiten. Bezüglich der Frage von Gewerkschaften im frühen sowjetischen Arbeiterstaat bestand W.I. Lenin darauf, dass Kommunisten im Interesse des Arbeiterstaates auf der Grundlage ihres Programms und ihrer Praxis um die Führung in den Gewerkschaften kämpfen sollen. Sie müssen von den Arbeitern ausgewählt und dürfen nicht vom Staat ernannt werden.

Der Kampf für von bürokratischer Kontrolle freie Gewerkschaften muss ausgehen von der Verteidigung der sozialen Errungenschaften der Revolution von 1949 gegen Imperialismus und kapitalistische Restauration. Dies ist besonders wichtig angesichts der Manöver prokapitalistischer Kräfte wie des Hongkonger *China Labour Bulletin* (CLB), das westliche „Demokratie“ propagiert, d.h. die Herrschaft der

kapitalistischen Ausbeuter hinter einer parlamentarischen Fassade. Das CLB, einstmals Anhänger sogenannter „unabhängiger Gewerkschaften“, ruft jetzt dazu auf, innerhalb des ACGB zu arbeiten, um diesen der Kontrolle durch die KPCh zu entreißen. Das CLB gibt sich als Arbeiterorganisation aus, ist aber eine konterrevolutionäre Gruppe mit direkten Verbindungen zum US-Imperialismus. Sein Anführer Han Dongfang ist gleichzeitig Vize-Vorsitzender des World Movement for Democracy [Weltbewegung für Demokratie], einer Organisation, die von der National Endowment for Democracy [Nationale Stiftung für Demokratie] gegründet wurde und geleitet wird, einer berüchtigten Tarnorganisation der CIA.

Bei der Berichterstattung über die chinesischen Streiks beschwören die westlichen bürgerlichen Medien den Geist der polnischen Solidarność, der antikommunistischen „Gewerkschaft“, die in den 1980er-Jahren als Speerspitze für kapitalistische Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion fungierte. Die Linie der Medien ist, explizit oder unausgesprochen, dass chinesische Arbeiter gegen das Regime der Kommunistischen Partei losschlagen und den „freien Markt“ willkommen heißen sollen. Das KPCh-Regime seinerseits beschwört ebenfalls das Gespenst von Solidarność und behauptet fälschlicherweise, jegliche organisierte Opposition gegen seine Herrschaft könne nur prokapitalistisch und konterrevolutionär sein. In einem Artikel im *Wall Street Journal* (14. Juni) berichtete Willy Lam, Professor an der Chinesischen Universität von Hongkong: „In unveröffentlichten Gesprächen hinter verschlossenen Türen über die Lage in der Arbeiterschaft zitierten Herr Hu und andere Politbüromitglieder Warnungen des verstorbenen Patriarchen Deng Xiaoping darüber, wie Polens Solidarność-Bewegung Kommunistische Parteien im gesamten ehemaligen Ostblock unterminierte.“

Im Gegensatz zur großen Mehrzahl der vorgeblichen Sozialisten weltweit wiesetzte sich die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) Solidarność und kämpfte bis zum Ende gegen kapitalistische Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion. Doch die Vorgänge in China heute entwickeln sich *nicht* nach dem Muster von Solidarność. Das Wachstum von

Spartakist-Abokampagne 2010

Quoten der Abokampagne 2010

Berlin	80
Hamburg	70
Sonstige	5
Gesamt	155

- Jahresabo: € 4,-
 - Auslandsabo: € 7,50 Übersee Luftpost: € 10,-
- Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

E-Mail _____

185

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
 Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF





August 2001: Arbeiter protestieren in Beijing gegen Entlassungen und Ausplünderung durch Funktionäre. Transparent lautet: „Wohin sind 150 Millionen Yuan an Staatseigentum verschwunden?“

Solidarność als konterrevolutionärer Bewegung wurde durch Faktoren geprägt, die auf China nicht zutreffen, darunter die tiefen Wurzeln der katholischen Kirche in Polen und die Rolle des polnischen Nationalismus, der gegen die Sowjetunion eingesetzt wurde. Darüber hinaus sind die heutigen Streiks in China Proteste gegen die brutale Ausbeutung in riesigen kapitalistischen Unternehmen in Privatbesitz, die in Polen um 1980 nicht existierten. Jegliche Illusion unter chinesischen Arbeitern in kapitalistische „Demokratie“ muss entschieden bekämpft werden. Doch gibt es keinen Grund anzunehmen, die Entwicklung in China heute gehe in Richtung einer prokapitalistischen Arbeitermassenbewegung.

Für eine Regierung der Arbeiter- und Bauernräte!

Die von Wanderarbeitern angeführten Streiks, die im Interesse aller chinesischen Werktätigen sind, unterstreichen die Notwendigkeit zur Abschaffung des diskriminierenden Wohnsitzmelderegisters (Hukou) der KPCh-Herrscher. Das Wohnrecht in den Städten, Ausbildung und Gesundheitsversorgung für Wanderarbeiter vom Lande und ihre Kinder sind unter diesem System erheblich eingeschränkt, was ihre Anstellung in der Stadt nur vorübergehend und unsicher macht. Jobs in der staatlichen Industrie samt den dazugehörigen Versorgungsleistungen sind immer noch meist den Arbeitern mit einem städtischen Hukou vorbehalten.

Der unsichere Status der Wanderarbeiter ist ein Segen für die kapitalistischen Ausbeuter des in Auslandsbesitz befindlichen Sektors, die ein griffbares Reservoir an Arbeitskräften vorfinden, die sie zu Niedrigstlöhnen ausbeuten können. Viele junge Arbeiter, die jetzt in den Fabriken schuften, sind Kinder von Wanderarbeitern und in den Städten aufgewachsen, aber unter den empörenden Hukou-Restriktionsmaßnahmen der Bürokratie gelten auch sie nicht als Stadtbewohner. Wanderarbeiter müssen die gleichen Rechte und gleichen Zugang zu Sozialleistungen haben wie rechtlich anerkannte Stadtbewohner!

Eine Regierung gewählter Arbeiter- und Bauernräte würde *alle* Teile des Proletariats und der Werktätigen auf dem Land vertreten. Für den Arbeiterstaat entscheidende Fragen können nur effektiv gelöst werden, wenn diejenigen, die arbeiten, entscheiden. Wie der marxistische Führer Leo Trotzki in seiner scharfen Anklage der sowjetischen stalinistischen Bürokratie, *Verratene Revolution* (1936), erklärte: „Es handelt sich nicht darum, eine herrschende Clique

durch eine andere zu ersetzen, sondern darum, die Methoden zu ändern, nach denen Wirtschaft und Kultur geleitet werden. Das bürokratische Selbstherrschertum muss der Sowjetdemokratie Platz machen.“

Die marktfreundliche Politik der KPCh-Bürokratie hat die Kräfte der Konterrevolution in China gestärkt. Gleichzeitig wurde durch wirtschaftliche Entwicklung die soziale Macht der Industriearbeiterklasse außerordentlich vergrößert. Die Einbeziehung von wenigstens 150 Millionen ländlichen Wanderarbeitern in Chinas städtische Wirtschaft ist ein Faktor von enormer potenzieller Bedeutung. Um einen revolutionären, proletarischen und internationalistischen Weg nach vorn aufzuzeigen, ist eine leninistisch-trotzkistische Partei notwendig. Wie wir in „Arbeiterinnen und die Widersprüche im heutigen China“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 27, Frühjahr 2009) schrieben:

„An einem gewissen Punkt, voraussichtlich wenn bürgerliche Elemente in der Bürokratie und deren Umkreis dazu übergehen, die politische Macht der KPCh zu beseitigen, werden die sich anstauenden explosiven sozialen Spannungen das politische Gefüge der herrschenden Bürokratenkaste sprengen. Wenn dies geschieht, wird Chinas Schicksal auf des Messers Schneide stehen. Entweder werden die Arbeiter die parasitäre herrschende Elite durch eine proletarisch-politische Revolution hinwegfegen, die die Errungenschaften der Revolution von 1949 verteidigt und ausweitet und China zu einem Bollwerk des Klassenkampfes für den Weltsozialismus macht, oder die kapitalistische Konterrevolution wird siegen und verheerende imperialistische Unterjochung und Ausbeutung zurückbringen.“

Eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung würde mit bürokratischer Willkür und Korruption Schluss machen. Sie würde die neue Klasse einheimischer kapitalistischer Unternehmer enteignen und die Bedingungen für ausländische Investitionen im Interesse der Werktätigen neu verhandeln. Sie würde eine zentral geplante und geleitete Wirtschaft unter den Bedingungen einer Arbeiterdemokratie errichten – nicht die autarke, bürokratische Kommandowirtschaft der Mao-Jahre. Eine echte kommunistische Führung würde dafür kämpfen, der Gesamtbevölkerung zumindest eine grundlegende wirtschaftliche Sicherheit zu bieten, aber ihr Verständnis wäre, dass materieller Wohlstand für alle vom Kampf für sozialistische Revolution in den Zentren des Weltimperialismus abhängt. Diese Perspektive lehnt das nationalistische KPCh-Regime, dessen Politik sich aus dem stalinistischen Dogma des „Aufbaus des Sozialismus in einem Lande“ herleitet, entschieden ab. Die Tatsache, dass Arbeiter in Chinas kapitalistischen Zonen von einigen derselben Konzerne ausgebeutet werden, die auch Arbeiter in Japan, den USA und anderswo ausbeuten, ist ein Potenzial für internationale Solidarität und bezeugt die gemeinsamen Interessen der Arbeiter im Kampf für eine sozialistische Welt.

Das Überleben und Fortschreiten von Chinas revolutionären Errungenschaften und die allumfassende Modernisierung der Gesellschaft im Interesse der werktätigen Massen erfordern eine internationale sozialistische Planwirtschaft, die einer globalen kommunistischen Zukunft den Weg öffnen wird. Das ist das Ziel der Internationalen Kommunistischen Liga, die für die Wiederschmiedung von Trotzki's Vierter Internationale als Weltpartei der proletarischen Revolution kämpft. ■



Frauen und der deformierte Arbeiterstaat DDR

Folgender Artikel basiert auf einer Rede unserer Genossin Barbara Köhler bei Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag in Berlin und Hamburg.

In Berlin hatten wir unsere Veranstaltung direkt am Frauentag, und auf dem Weg dahin lief im U-Bahn-Fernsehen die Meldung, die Ikone des bürgerlichen Feminismus, Alice Schwarzer, habe sich geäußert. Sie sei gegen den Frauentag, eine „sozialistische Erfindung“. Der habe was mit streikenden Textilarbeiterinnen zu tun, und deshalb, Zitat: „Hat das absolut nichts mit Feminismus zu tun“! Manchmal sagt auch diese reaktionäre Dame was Wahres. Der Feminismus als bürgerliche Bewegung stellt die Männer als das Hindernis dazu dar, die Gleichheit der Frau zu erreichen. Damit vertieft er die von den Kapitalisten geschürte Spaltung des Proletariats in Männer gegen Frauen. Wir Kommunisten wissen, dass die Unterdrückung der Frau untrennbar mit Klassenherrschaft und Ausbeutung verbunden ist. Daher kämpfen wir darum, das gesamte Proletariat, Männer wie Frauen, gegen die besondere Unterdrückung der Frau zu mobilisieren:

Ohne Frauen keine sozialistische Revolution, ohne sozialistische Revolution keine Befreiung der Frauen!

Schwarzer drückt die bürgerliche Feindschaft zum Proletariat aus, denn der Internationale Frauentag wurde begründet durch den 8. März 1908, den Streik der Textilarbeiterinnen in Manhattan, New York. Aber wir denken vor allem auch an den 8. März 1917, den 23. Februar nach altem russischen Kalender, an den Streik der Textilarbeiterinnen in Sankt Petersburg. Das war der Beginn der Februarrevolution in Russland. Für uns Kommunisten ist der 8. März ein Kampftag der gesamten Arbeiterklasse.

Wir hatten das ganze letzte Jahr über Artikel in unserer Zeitung und auch Veranstaltungen, um der bürgerlichen Propaganda zu 20 Jahren Konterrevolution in der DDR, die wir das ganze Jahr über um die Ohren gehauen bekamen, unser kommunistisches Programm entgegenzusetzen. Mit diesem Programm haben wir auch 1989/90 in die beginnende politische Revolution in der DDR interveniert. Es ging um die Verteidigung der DDR gegen den Imperialismus, um proletarisch-politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie, ebenso um soziale Revolution im Westen, um den Kampf für ein rotes Rätendeutschland.

Die Bourgeoisie will die DDR ein für alle Mal tot wissen, ist aber immer noch von ihr besessen. In deutschen bürgerlichen Kreisen ist das eines der stärksten möglichen Schimpfwörter, das man sich an den Kopf schmeißen kann: „DDR-Methoden“ oder „Sozialismus“. Als Ursula von der Leyen



Redaktions-Service-Maecker

Schülerinnen beim Unterricht im Betrieb. Junge Frauen in der DDR wurden von Beginn an auch in sogenannten „Männerberufen“ ausgebildet

noch Familienministerin war, ist sie für mehr Kindergärten eingetreten, einfach deshalb, weil die deutsche Bourgeoisie die niedrige Geburtenrate heben und gleichzeitig auch gut ausgebildete junge Frauen im Beruf haben will. Und da wurden sogar dieser 1A-CDU-Vorzeigemutter DDR-Methoden vorgeworfen (siehe „DIE LINKE“, von der Leyen und die „heilige Familie“, *Spartakist* Nr. 173, September 2008).

Also alle reden darüber, aber *was war wirklich die Situation der Frauen in der DDR?* Wir haben als Kommunisten programmatische Messlatten, die wir anlegen, um Dinge zu verstehen und Dinge erklären zu können. Was die Frauenfrage angeht, berufen wir uns z. B. auf den utopischen Sozialisten Fourier, der sagte: „Die Veränderung einer geschichtlichen Epoche lässt sich immer aus dem Verhältnis des Fortschritts der Frauen zur Freiheit bestimmen... Der Grad der weiblichen Emanzipation ist das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation.“ Marx zitiert Fourier sehr zustimmend in *Die heilige Familie* (1845). Das ist einer unserer Leitfäden. Mindestens ebenso zentral ist Engels' wichtige Erkenntnis in *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* (1884): Die Unterdrückung der Frau wurzelt in der Institution Familie, die kennzeichnend für alle Klassengesellschaften ist. Engels erklärt, dass also die Vorbedingung für die Befreiung der Frau ihre Einbeziehung in die öffentliche Produktion und damit ins öffentliche Leben ist und damit „die Beseitigung der Eigenschaft der Einzelfamilie als wirtschaftlicher Einheit der Gesellschaft“.

Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!



Ohne Bildnachweis

8. März 1917 in Petrograd: Demonstration zum Internationalen Frauentag. Arbeiterinnen gaben den Startschuss zur Russischen Revolution

Die DDR war bisher in der Menschheitsgeschichte die wohl fortgeschrittenste Gesellschaft für Frauen. In bedeutender Hinsicht war sie fortgeschrittener selbst als die junge, revolutionäre Sowjetunion. Dort hatten die Bolschewiki zwar ein revolutionäres Programm zur Frauenbefreiung, sie wollten die Familienfunktionen durch Vergesellschaftung der Hausarbeit ersetzen; aber ein großes Hindernis, um das durchzusetzen, war die materielle Armut in dem jungen Arbeiterstaat. Die DDR dagegen hatte selbst nach dem Zweiten Weltkrieg und mit den Reparationen, die die Sowjetunion eingefordert hat, bei ihrer Gründung immer noch die Basis einer hochindustrialisierten Gesellschaft, und dies machte einen großen Unterschied.

In der DDR waren Ende der 80er-Jahre über 90 Prozent aller Frauen berufstätig oder in der Aus- oder Fortbildung. Sie hatten damit ein ganz hohes Maß nicht nur an ökonomischer, sondern wirklich auch an persönlicher Unabhängigkeit. Genauso wie die Männer hatten die Frauen an den Schulen eine breite wissenschaftliche Ausbildung und qualitativ häufiger als im Westen hochqualifizierte Berufe. In den

Altersgruppen bis 40 Jahren, also aufgewachsen in der DDR, waren Frauen und Männer gleichermaßen in jeder Form der Ausbildung repräsentiert. Und man konnte als alleinstehende Frau berufstätig sein und Kinder haben, weil es ein breites System von Kindeinrichtungen gab, das auch oft direkt mit den Betrieben verbunden war. Die Basis, warum das möglich war in der DDR, war der Sieg der Roten Armee über Nazideutschland 1945: In dessen Folge wurde die Staatsmaschinerie und die ökonomische Macht der deutschen Bourgeoisie im Osten zerschlagen und ein Staat basierend auf vergesellschafteten Eigentumsformen gegründet. Also das, was nach Marx'schen Kriterien ein Arbeiterstaat ist. Der Arbeiterstaat war jedoch von Anfang an, wie wir sagen, deformiert, so wie Trotzki es analysiert hat, weil die politische Macht nicht bei der Arbeiterklasse lag, sondern bei einer stalinistischen Bürokratie.

Einmal gab es also diese ganze ökonomische Unabhängigkeit, weil die Frauen in der Produktion waren, aber gleichzeitig existierte in der DDR die Institution der Familie, laut Engels ja eine Institution zur Unterdrückung der Frau, und sie existierte nicht nur, sondern wurde besonders hochgejubelt. Das ist ein Widerspruch, und wie erklärt der sich? Trotzki hat mal gesagt – er hat das über die Sowjetunion gesagt, aber das gilt genauso für die DDR: „Der Arbeiterstaat muss so aufgefasst werden, wie er in dem unbarmherzigen Laboratorium der Geschichte entstanden ist und nicht wie ein ‚sozialistischer‘ Professor ihn sich vorstellt, der nachdenklich mit dem Finger in der Nase bohrt.“

Der ostdeutsche deformierte Arbeiterstaat war Stalins „ungeliebtes Kind“. Dies war ein Aspekt des Verrats von revolutionären Möglichkeiten in ganz Europa und Teilen von Asien am Ende des Zweiten Weltkriegs. Diesen Verrat beging Stalin im Interesse seiner Abkommen mit seinen imperialistischen Bündnispartnern USA und Britannien. Zum Beispiel in Italien ließ die stalinistische KP die Partisanen entwaffnen und trat in eine kapitalistische Volksfrontregierung ein. Sie verhinderte damit eine Arbeiterrevolution und unterwarf die Arbeiter dem US-Oberkommando. Die sozialistischen Bestrebungen des deutschen Proletariats nach dem Krieg wurden bürokratisch erstickt. Seine Initiativen, Fabriken und Städte zu übernehmen und sie durch embryonale Arbeiterräte – die Antifa-Komitees – zu verwalten, wurden unterdrückt. Die DDR und die anderen „Volksdemokratien“, die aus diesen gesellschaftlichen Umwälzungen hervorgingen, waren deformierte Arbeiterstaaten, die als defensive Reaktion auf den eskalierenden Kalten Krieg der Imperialisten entstanden. So hatte die DDR nach dem Vorbild der stalinistisch degenerierten Sowjetunion der 1940er-Jahre das Programm, den „Sozialismus in einem Land“ aufzubauen. Die DDR-Bürokratie wollte das dann gar in einem halben Land tun. Dieses Programm des „Sozialismus in einem Land“ widerspricht grundsätzlich dem Marxismus, der eben besagt, dass Sozialismus als Vorstufe des Kommunismus eine internationale Gesellschaft ist, deren materielle Grundlage über die der entwickeltesten kapitalistischen Länder hinausgeht. Oder, anders ausgedrückt: Man kann Sozialismus nicht auf der Basis von Mangel in einem isolierten Land aufbauen.

Oktoberrevolution 1917

Gehen wir zurück zum Programm der Bolschewiki, die 1917 die russische Arbeiterklasse zum Sieg geführt hatten:

SPARTAKIST

NUMMER 27 FRÜHJAHR 2009

Frauen und Revolution

Arbeiterinnen und die Widersprüche im heutigen China

Verteidigt China gegen Imperialismus und Konterrevolution!
Für proletarisch-politische Revolution!

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 27, Frühjahr 2009
€ 1,50
(im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01



Frauen in China

Bei Spartakist-Veranstaltungen zum Frauentags in Berlin und Hamburg gab es Diskussionsbeiträge zu verschiedenen Aspekten der Situation von Frauen in China.

Valeria: Ich möchte über die Frage von Frauenbefreiung in den verbleibenden deformierten Arbeiterstaaten sprechen, vor allem China. Die Frauen waren vor der Revolution von 1949 völlig unterjocht, ihre Füße wurden gebunden, sie wurden gekauft und verkauft. Die frühe Kommunistische Partei Chinas hatte ein materialistisches Verständnis der Situation und folgte dem Beispiel der Bolschewiki in der Sowjetunion. Als dann die KP Chinas im Wesentlichen eine Bauernpartei unter maoistisch-stalinistischer Führung wurde, beeinflusste das natürlich auch die Haltung zur Frauenfrage. Frauen spielten dennoch eine wichtige Rolle bei der Revolution, beim Sieg von Maos Bauernarmee, und dieser Sieg war die Grundlage dafür, dass es soziale Errungenschaften gibt für Frauen. Frauen bekamen das erste Mal Recht auf Land zugesprochen und es wurde eine Menge von feudalistischem Unrat weggefegt, in dem Frauen erstickt worden waren. Zum Beispiel wurden arrangierte Ehen verboten, Frauen konnten zum ersten Mal wählen, wen sie heiraten wollten, und sie hatten das Recht auf Scheidung. Die Revolution hat auch die Kindestötung von Mädchen bekämpft und auch, dass Mädchen verkauft werden. Allgemeine Schulbildung erlaubte es den Mädchen und Frauen, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Aber die Revolution ging nicht weit genug, erreichte nicht die wirkliche Befreiung der Frauen. Und das lag nicht nur an der Politik der Stalinisten, „Sozialismus in einem Land“ aufzubauen und damit nicht genügend Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die notwendig sind zur Befreiung der Frau. Sondern die Politik der stalinistischen Bürokratie hat auch in vieler Weise zur Unterdrückung von Frauen dort beigetragen (siehe „Arbeiterinnen und die Widersprüche im heutigen China – Verteidigt China gegen Imperialismus und Konterrevolution! Für proletarisch-politische Revolution!“, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 27, Frühjahr 2009).

Wie bei unserem Kampf in der DDR ist politische Revolution in China nötig, um die chinesischen Frauen zu befreien. Nur eine demokratisch gewählte Arbeiter- und Bauern-Räteregierung kann die rational geplante kollekti-

vierte Wirtschaft ermöglichen, die die notwendigen Mittel für die Befreiung der Frauen zur Verfügung stellt. Und nur eine solche revolutionäre Regierung hätte die Perspektive der Weltrevolution, die nötig ist, um Ressourcen aus den Industrieländern für China zu mobilisieren. Und das Gleiche gilt auch für die anderen deformierten Arbeiterstaaten Kuba, Nordkorea und Vietnam, und die Lehren aus dem Kampf in der DDR sind entscheidend dafür.

Torsten: Die Konterrevolution in China hat bisher nicht gesiegt, obwohl das innerhalb der breiten Linken behauptet wird. Die Chinesische Revolution von 1949 brachte unglaubliche Errungenschaften für die Frauen. Vorher sollten Frauen neben der Hausarbeit und der Kindererziehung praktisch unsichtbar sein. Erst durch die Revolution 1949 bekamen sie überhaupt ein Recht auf Bildung. Aber die Widersprüche in China sind extrem. China war von Anfang an ein deformierter Arbeiterstaat. Mao hat sich auf die Bauern gestützt, es gab nie Arbeiterdemokratie, nie hatten die Arbeiter die politische Macht. Die Stalinisten haben Angst vor Arbeiterdemokratie, deshalb haben sie Probleme mit dem Niveau der Produktivität. Denn wenn die Arbeiter nicht die politische Macht haben, nichts zu sagen haben im eigenen Land, dann fragen sie sich: Warum soll ich hier meine ganze Arbeitskraft einbringen? Die einzige Möglichkeit, die die stalinistischen Bürokraten haben, um dem zu begegnen, ist die Einführung von Marktmechanismen. Die revolutionäre Antwort wäre Arbeiterdemokratie, aber die Bürokraten setzen Marktmechanismen ein, daher kommen die Widersprüche. Und das hat viele Sachen wieder hochgebracht, die es vor 1949 gab, wie Kindestötung von Mädchen, was auch dieses Ungleichgewicht hervorbringt, dass es viel mehr Männer gibt als Frauen. Männer stellen den Hauptbestandteil auch an Wanderarbeitern, aber in beträchtlichen Teilen der sogenannten Sonderwirtschaftszonen stellen junge Frauen die Mehrheit und haben auch ein extremes politisches Gewicht. Sie beteiligen sich häufig an Protesten gegen Ungerechtigkeiten, die sich gegen die stalinistischen Bürokraten richten. Der Weg nach vorne ist, die politische Macht in die Hände der Arbeiter und Bauern zu legen durch politische Revolution, die Ausweitung der Revolution auf die westlichen imperialistischen Länder und auf Japan unter der Führung einer trotzkistischen Partei.

Deren Programm war von Anfang an, dass es eine internationale Ausweitung der Revolution geben muss. Sie gingen immer davon aus, dass die Russische Revolution der Anfang einer weltrevolutionären Entwicklung sei, und es kam ihnen überhaupt nicht in den Sinn, dass sie isoliert überleben könnte. Die Gesetzgebung in der jungen Sowjetunion gab Frauen ein Ausmaß an Gleichheit und Freiheit, wie das selbst heute die wirtschaftlich fortgeschrittensten sogenannten demokratischen kapitalistischen Länder nicht haben. Einige zentrale Sachen: Die Zivilehe und die Scheidung auf Wunsch eines der Partner wurden eingeführt, jegliche Gesetze gegen Homosexuelle wurden abgeschafft. Der Leiter des Moskauer Instituts für Sozialhygiene berichtete 1923, auf welchen Prinzipien sich die Sowjetgesetzgebung aufbaut: „Sie erklärt absolute Nichteinmischung des Staates und der Gesellschaft in geschlechtliche Beziehungen, soweit sie niemandem Schaden bringen und niemandes Interessen verletzen.“ *Und 1920 war die junge Sowjetunion welt-*

weit die allererste Regierung, die die Kriminalisierung der Abtreibung aufhob. Wirklich eine Errungenschaft! Zum ersten Mal bekamen Frauen das Recht zugesprochen, über ihren eigenen Körper zu bestimmen, und wurden nicht mehr zu Gebärmaschinen degradiert.

Die Bolschewiki wussten, dass die Familie mit ihren gesellschaftlichen Funktionen, die sie in der Klassengesellschaft erfüllt – Kinder aufzuziehen, sich um Nahrung und Kleidung zu sorgen sowie um die Ausbildung, und sich auch um die alten Menschen zu kümmern –, nicht einfach per Dekret abgeschafft werden kann. Trotzki sprach von der „Familie als geschlossenem Kleinbetrieb“. Diese Funktionen müssen *ersetzt* werden durch Vergesellschaftung der Hausarbeit. In den großen Städten der jungen Sowjetunion wurde damit begonnen, Einrichtungen zur Vergesellschaftung der Hausarbeit, also Kindergärten, Kantinen usw. zu errichten, aber es gab einfach die materielle Basis nicht, um das auszuweiten. Aber die Bolschewiki in der revolutionären



Zeit der Sowjetunion haben den Arbeitern einfach die Wahrheit gesagt: Es wird erst dann eine Frauenbefreiung geben, wenn wir es geschafft haben, die Hausarbeit zu vergesellschaften; wir können es im Augenblick nicht aus dem Ärmel schütteln, aber wir kämpfen für die Ausweitung der Revolution auf die ökonomisch fortgeschrittenen Länder; das ist der Weg, um es zu schaffen!

Degeneration der Sowjetunion und Auswirkungen auf die Frauen

Diese Politik der sowjetischen Führung änderte sich, weil sich die Führung änderte. 1923/24 hatten sich die Hoffnungen in der russischen Arbeiterklasse auf baldige Ausweitung der Revolution zerschlagen, ganz besonders nachdem im Sommer 1923 die ganz große Gelegenheit für die Machtergreifung der Arbeiterklasse in Deutschland vertan wurde. Und sie wurde vertan durch die Politik der KPD, die auf die SPD geschaut und gewartet hat – und auch auf Grund der zögerlichen Kominternpolitik zu diesem Zeitpunkt. Deshalb wurde diese große Möglichkeit verpasst, die Sowjetunion aus ihrer Isolierung rauszuholen. In dieser ganzen Stimmung der Niedergeschlagenheit in der russischen Arbeiterklasse riss eine konservative Bürokratie unter Stalin die politische Macht an sich. Deren Programm war, sich im Status quo einzurichten, den „Sozialismus in einem Land“ aufzubauen und friedliche Koexistenz mit dem Imperialismus zu suchen. Das bedeutete, nicht mehr zu handeln, um die Revolution auszuweiten, sondern nur noch auf den Druck des Imperialismus zu reagieren. Diese bürokratische Schicht hatte also nicht mehr das Ziel, die Revolution auszuweiten, um den Mangel zu beheben, sondern sie agierte sozusagen selbst als Gendarm, um den bestehenden Mangel zu verwalten. Wir sagen mit Trotzki, dass das eine politische Konterrevolution in der Sowjetunion war, dass aber trotzdem die vergesellschafteten Eigentumsformen bestehen blieben. Aus diesem Grunde kämpfen wir im degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion und kämpfen noch immer in den anderen deformierten Arbeiterstaaten für eine politische Revolution des Proletariats. Das heißt, es geht darum, die soziale Basis, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, zu verteidigen. Aber es ist nötig, die politische Führungsschicht, diese Kaste, fortzujagen und durch Arbeiterräte wieder die umfassende, auch politische Macht der Arbeiterklasse herzustellen. Aber um die Arbeiterklasse da hinzuführen, ist eine revolutionäre Partei nötig, wie 1917.

Diese reaktionäre Politik unter Stalin in der Sowjetunion richtete sich ganz schnell gegen die Frauen. 1936 gab es eine neue Verfassung, die Abtreibung verbot, und die Familie wurde als sogenannte Keimzelle des Sozialismus hochgejubelt. Trotzki hat in seinem grundlegenden Buch *Verratene Revolution* von 1936 die Mechanismen dahinter erklärt:

„Nachdem der Staat seine Unfähigkeit bewiesen hatte, den Frauen, die zur Abtreibung Zuflucht nehmen mussten, die notwendige medizinische Hilfe und hygienischen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, änderte er jäh den Kurs und beschränkt den Weg des Verbots. Wie schon bei anderen Gelegenheiten macht die Bürokratie aus der Not eine Tugend. Solz, eines der Mitglieder des Obersten Sowjetgerichtshofs und Spezialist in Ehefragen, begründet das bevorstehende Abtreibungsverbot damit, dass in der sozialistischen Gesellschaft, wo es keine Arbeitslosigkeit gibt usw., die Frau kein Recht habe, auf die ‚Mutterchaftsfreuden‘ zu verzichten. Philosophie eines Pfaffen, der zudem die Macht des Polizisten ausübt!“

Und eben nach dem Vorbild dieser stalinisierten Sowjetunion wurde die DDR aufgebaut.

Die DDR – ein von Anfang an deformierter Arbeiterstaat

Trotzki erklärt in *Verratene Revolution* den Doppelcharakter der stalinistischen Bürokratie; das zu verstehen ist wichtig, um die Widersprüche in der DDR-Politik gegenüber Frauen zu verstehen. Diese Bürokratie sitzt als parasitäre Kaste auf der Basis der vergesellschafteten Produktionsmittel und schwankt zwischen Furcht vor der Arbeiterklasse und der Furcht vor dem Imperialismus und versucht dazwischen zu laviieren und ihre Privilegien zu halten. Und obwohl Trotzki's Buch 1936 geschrieben wurde, haben wir während unserer Intervention in die beginnende politische Revolution in der DDR 1989/90 von Leuten, mit denen wir diskutiert haben, oft gehört, dass es sich liest, als ob es über die DDR-Bürokratie geschrieben sei; dass es sich liest wie ein aktuelles Handbuch. Diesen widersprüchlichen Charakter der DDR-Bürokratie, die eben eine Kaste war und keine Klasse im Besitz von Produktionsmitteln, den hat der 17. Juni 1953 unterstrichen. Da gab es den Versuch einer politischen Revolution der Arbeiterklasse, also die Führung zu stürzen und sich wieder die politische Macht zu erkämpfen, aber die Grundlagen der DDR zu erhalten. Damals haben sich beträchtliche Teile der SED auf die Seite der Arbeiterklasse gestellt. Man kann sich schlecht vorstellen, dass im Fall einer sozialistischen Revolution ein ganzes Segment der Kapitalistenklasse auf die Seite der Arbeiterklasse übergeht! Die Bürokratie war keine Klasse, sondern eine Kaste, auch zu vergleichen mit der Bürokratie in den Gewerkschaften.

Trotzki erklärte in *Verratene Revolution* außerdem, dass die Bürokraten die Familie geradezu brauchten, und zwar zur sozialen Reglementierung der Bevölkerung. Er erklärte, dass die Familien nicht etwa Keimzellen des Sozialismus sind, sondern Keimzellen sozialer Rückständigkeit, in der besonders Frauen, Kinder und Jugendliche gefangen gehalten werden, eine „archaische, muffige und starre Einrichtung, in der die Frau der werktätigen Klassen von der Kindheit bis zum Tode wahre Zwangsarbeit leisten muss“. Und die Bürokraten brauchten die Familie einmal aus diesem Grund, also zur Reglementierung, aber sie brauchten sie auch, um die reproduktive Arbeitsleistung zu erbringen, die die Gesellschaft aus materiellen Gründen noch nicht leisten konnte. Wobei natürlich wichtig ist zu sehen, dass die Führung in der Sowjetunion und später in der DDR gar nicht generell das Ziel hatte, diese materielle Basis zu erreichen, sondern „Sozialismus“ eingeschränkt in einem Lande aufzubauen.

Veranstaltungen der Spartakist-Jugend Berlin

Freitag, 29. Oktober

China: Arbeiterkämpfe in der „sozialistischen Marktwirtschaft“

Freitag, 26. November

**Rassismus, „Krieg gegen Terror“,
antimuslimische Hexenjagd**

Für eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei!

18:30 Uhr im Mehringhof, Blauer Salon,
Gneisenaustraße 2a, U-Bhf. Mehringdamm



Wählt

SPARTAKIST

Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!

- Für Streiks und Fabrikbesetzungen – Stoppt die kapitalistische Diktatur unseres Landes! Wir brauchen Arbeiterorganisationen, um diese Kampfmaßnahmen zu verteidigen! Gegen die imperialistische Destabilisierungsstrategie: Soldaten, Arbeiter und Solidarität, um unsere sozialistische Wirtschaft zu verteidigen!
- Kampf dem D-Mark-Anschluss! Für das Recht auf Arbeit für alle! Verteidigt unseren gemeinsamen Wohnraum! Facht nicht nur auf den kapitalistischen Schwand, sondern auch den imperialistischen – oder eines verteilten, sozialistischen Marxismus!
- Für eine internationalistische proletarische Herrschaft von Arbeitern, den Instrumenten der proletarischen politischen Macht!
- Für proletarischen Internationalismus!
- Für proletarischen Internationalismus, um die Fronten zu streifen! Nieder mit Rassismus, Antisemitismus, Feindschaft gegenüber Homosexuellen und AusländerInnen!
- Keine antihomosexuelle Hetze! Gegen gegenwärtige oder frühere SED-Mitglieder!
- Volle Gleichberechtigung für alle weiblichen Arbeiterinnen und ihre Familien!
- Schutz der menschenwürdigen Zukunft der Jugend!
- Forderung für die Rente!
- Für einen dauerhaften Umweltschutz!
- Nur durch Arbeiterrevolution kann der Frieden gesichert werden!
- Für proletarisch-politische Revolution!



Wählt die drei „L“: Lenin, Liebknecht, Luxemburg!
Wählt die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands!
Ihr wählt damit eine gesamtdeutsche Partei von revolutionären Arbeitern in der internationalistischen Tradition von Lenin und Trotzki!
Wir kämpfen für die Verteidigung der DDR, die zu einem roten Räte Deutschland in einem sozialistischen Europa führt!

Für ein Arbeiterräte Deutschland!

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

Spartakist, Kresokulturhaus-Treptow, Puschkinallee 5, Berlin 1193, 1. Stock, Raum 19
SpAD, Postfach 2002, Berlin 1026



Links: Spartakist-Volkskammerwahlplakat, 1990. Rechts: Frauen fordern den Erhalt von Krippenplätzen, einer DDR-Errungenschaft. Spartakisten warnten vor verheerenden Folgen der Konterrevolution für Frauen

Eine revolutionäre Führung in der DDR hätte der Arbeiterklasse ein internationalistisches Programm geboten, sie hätte gesagt, wie es die Bolschewiki getan haben: Wir wollen die Revolution ausweiten, wir wollen unsere materielle Basis ausweiten. Das werden wir hier so nicht erreichen, inzwischen tun wir einfach, was möglich ist. Aber was möglich ist, kann eben nicht von der Bürokratie aufgepfropft werden, sondern die Arbeiterinnen und Arbeiter müssen, ausgehend von den Produktionsstätten, durch Arbeiterräte über die Politik des Arbeiterstaats bestimmen. Im Kampf, solche Arbeiterräte aufzubauen, hätte sich eine revolutionäre Führung in der DDR auf die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse gestützt. Das ist Trotzki's Programm und das ist auch unser Programm. Genau das tat die Bürokratie in der DDR natürlich nicht, denn mit solchem Kampf für Arbeiterräte hätte sie sich ja selbst aufgelöst, und so wurde die Familie als kämpfende Einheit des Sozialismus gepusht und dargestellt und so ganz reaktionäre Vorstellungen in der Gesellschaft verhärtet.

Das Angebot von Kindergärten, Kantinen, Wäschereien usw. wurde mit den Jahren unregelmäßig aber stetig größer. Einen bedeutenden Anteil daran hatten Einrichtungen, die direkt mit Betrieben verbunden waren. Aber das wurde von der DDR-Führung vorangetrieben, nicht etwa weil sie was für die Frauenbefreiung tun wollte, sondern weil sie junge, gebildete Frauen dringend als Arbeitskräfte brauchte und die Frauen dafür gesellschaftliche Kinderbetreuung einforderten! Die Anzahl der Krippenplätze für Kinder bis drei Jahren stieg von knapp 4700 im Jahre 1950 sprunghaft auf über 50000 im Jahr 1955. Das bezeichnet die große Anstrengung, in den Anfängen der DDR Frauen in die Produktion zu ziehen. Einen weiteren großen Sprung gab's zwischen 1970 und 1975: von 166000 auf knapp 235000 (Donna Harsch, *Revenge of the Domestic*, Princeton University Press, 2007). Dies war Ausdruck von Honeckers Versprechen, den Lebensstandard zu heben, was seit 1975 „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ genannt wurde. Honecker hatte 1970/71 Ulbricht abgelöst, nachdem die stalinistische Bürokratie über mehrere Jahre durch Aktivitäten der Arbeiterklasse aufgeschreckt worden war: Angefangen mit der beginnenden proletarisch-politischen Revolution 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn bis zum „Prager Frühling“ 1968 und größeren Streiks 1970 in Polen gegen Preiserhöhungen. Unter Honecker redete die Bürokratie sich ein, sie könne

den zunehmenden Rückstand gegenüber dem westdeutschen Imperialismus in Wirtschaft und Lebensstandard beseitigen, indem man die DDR bei den westlichen Bankiers verschuldete und die Investitionen in vielen Wirtschaftsbereichen immer mehr austrocknete, so dass 1989 nur 30 Prozent der Maschinen jederzeit einsatzbereit waren und bis 1989 die Wohnungsbauausgaben von Jahr zu Jahr stiegen. Anfang der 1980er-Jahre führte dies die DDR an den Rand der Zahlungsunfähigkeit, was vorübergehend durch den Verkauf von aufgearbeitetem sowjetischen Öl in den Westen verhindert werden konnte. Dadurch ging aber die Effektivität der Wirtschaft noch weiter den Bach runter (siehe dazu auch: „DDR-Wirtschaft und der Kollaps des Stalinismus – Für internationale sozialistische Planwirtschaft!“, *Spartakist* Nr. 179 und 180, September und November 2009).

1989 gab es praktisch für jedes Kind einen Kindergartenplatz, die Versorgung mit Krippenplätzen lag an manchen Orten bei über 80 Prozent. Aber mancherorts benutzten Frauen diese Einrichtungen ungern oder gar nicht, weil z. B. die Betreuung in den Kindergärten nicht gut genug war. Noch kritischer war's bei den Wäschereien, weil Wäsche beschädigt wurde oder das Waschen viel zu lange dauerte. Trotzki hat das so erklärt: Wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Gesellschaft nicht wirklich die Kontrolle und das Sagen darüber haben, was sie da produzieren, wie sie es tun, wie sie es organisieren, dann liegt so was wie ein grauer Schleier von Gleichgültigkeit über aller Arbeit. Und gleichzeitig lag diese ganze miefige, rückständige Last der Bürokratie auf der Gesellschaft wie eine erstickende Decke.

Ein Problem der Kindeinrichtungen war auch, dass sie ganz überwiegend nicht rund um die Uhr geöffnet waren. 6 Uhr morgens bis 18/19 Uhr, das waren so etwa Standardöffnungszeiten. Das machte es für Frauen mit Schichtarbeit natürlich sehr schwierig und hieß auch, dass viele Frauen bestimmte Jobs, die sie vielleicht gerne haben wollten, gar nicht annehmen konnten, weil die Kindeinrichtung nicht da war. *Wir sind für Kinderbetreuung von hoher Qualität rund um die Uhr.* Während unserer Intervention 1989/90 in die beginnende politische Revolution hatten wir oft Diskussionen mit Frauen, die sich als Kommunistinnen verstanden, die aber so sehr geprägt waren von der Familienpropaganda – dieser Mutti-Propaganda, die die DDR-Bürokratie vom Stapel ließ –, dass sie zum Teil dagegen argumentierten, dass Kindeinrichtungen rund um die Uhr geöffnet



sein sollen. Mit der Begründung, eigentlich soll sich abends doch die Mutti um die Kinder kümmern. Das zeigt, wie sehr diese rückständigen Vorstellungen durch die Intervention der Bürokratie beibehalten und in den Köpfen der Leute verhärtet wurden. Es ist interessant und wichtig zu sehen, dass es ganz viele Frauen gab, die sich trotzdem eingemischt haben; die waren der Meinung: Okay, uns wird gesagt, das ist eine sozialistische Gesellschaft, also haben wir *das Recht*, mehr von diesen Einrichtungen zu bekommen, die uns die Hausarbeit ersetzen. Es gab viele Proteste, die an die verschiedenen Etagen in der Bürokratie gerichtet wurden, ganz viele Briefe gingen gleich direkt an Honecker, wo sich dann etwa eine Arbeiterin sinngemäß beschwerte: „Genosse Honecker, es ist unglaublich, dass ich es in meinem Großbetrieb nicht schaffen kann, mittags mein Essen einzukaufen, weil es in dem Laden nichts gibt. Das musst du unbedingt ändern.“ Eine ganz große Menge gerade von arbeitenden, von proletarischen Frauen dachten, dass sie das Recht hatten auf *mehr* und dass sie es selber und besser organisieren könnten.

Anfänge der DDR

Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) existierte bis November 1949, im Oktober 1949 ist die DDR gegründet worden. Bereits im August 1946 wurde im Rahmen des Ziels, Frauen in die Produktion zu ziehen, der sogenannte „Befehl 253“ ausgegeben, der Lohndiskriminierung basierend auf Geschlecht oder Alter verbot. Im Vergleich dazu: In der BRD gab es erst 10 Jahre später ein solches Gesetz. Und im Kapitalismus steht ein solches Gesetz – keine Lohndiskriminierung – natürlich nur auf dem Papier. Denn Lohnunterschiede zu haben, um die Arbeiter insgesamt und insbesondere zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen zu spalten, gehört im Kapitalismus einfach dazu. Das ist grundlegender Bestandteil des ökonomischen Systems. Gerade vor ein paar Tagen war im *Spiegel* ein Bericht mit Statistiken von 2008, da waren Lohnunterschiede von mehr als 23 Prozent zwischen Männern und Frauen aufgeführt! Und gleichzeitig gibt es auch eine große Zunahme von Teilzeitjobs unter Frauen, die dann davon natürlich nicht mehr leben können, aber nicht voll arbeiten, weil sie ihre Kinder nicht unterbringen können usw. Seit 1956 ist dieses Gesetz „gegen Lohndiskriminierung“ in der BRD in Kraft, aber das sagt überhaupt nichts.

Natürlich gab's auch in der DDR nach wie vor Unterschiede in der Bezahlung zwischen Männern und Frauen, aber erstens bei weitem nicht so dreiste, denn die Lohnspanne war generell nicht so groß und auch die niedrigen Lohngruppen hatten einen gesicherten Lebensstandard. Es hatte was mit der bürokratischen Missherrschaft zu tun, es war nicht systemimmanent. Eine Regierung aus Arbeiterräten hätte jegliche Unterschiede im Lohn sofort annulliert, wenn auch vielleicht gegen die Opposition rückständigerer Teile der Arbeiterklasse.

Es ist aufschlussreich, sich den Demokratischen Frauenbund (DFD) anzuschauen. Der wurde 1947 in der DDR gegründet und ging ursprünglich aus antifaschistischen

Frauenausschüssen hervor, d. h. aus Ausschüssen, die offensichtlich aus ihrer Sicht und schon von ihrem Namen her einen breiteren Horizont hatten. Aber er bekam dann zunehmend von der SED die Aufgabe, sich um „Frauenfragen“ zu kümmern. Der DFD war der sogenannten Nationalen Front angegliedert. Mit der Nationalen Front versuchte die DDR-Bürokratie die „demokratische“ Parteienlandschaft Westdeutschlands abzubilden. Dieses Gebilde in der DDR enthielt alle möglichen Parteien, von der Bauernpartei bis zur CDU, wobei jedoch die stalinistische Bürokratie mit der SED den Ton angab. Anders als im Kapitalismus war dies nämlich nur eine Karikatur auf eine kapitalistische Volksfront, die immer aus einem Klassenbündnis von bürgerlichen mit Arbeiterparteien besteht. In der DDR war



Bundesarchiv

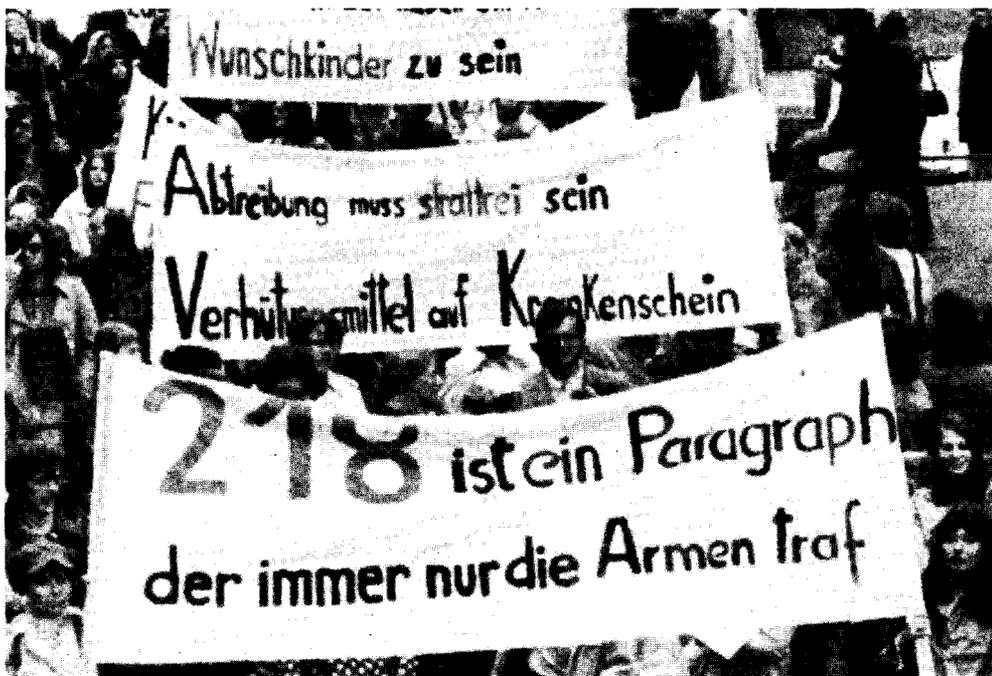
Vorabend des Arbeiteraufstands in der DDR vom 17. Juni 1953: Bauarbeiter demonstrieren auf Berliner Stalinallee gegen Normerhöhungen

aber die Bourgeoisie als Klasse gestürzt und die Nationale Front hatte nur den Anschein einer Volksfront. Volksfrontpolitik bedeutet, die Arbeiterklasse zu betrügen und politisch zu entwaffnen, indem sie vorgaukelt, es gäbe keine unabhängigen Klasseninteressen der Arbeiterklasse, sondern nur das breite „Volk“. International bedeutete sie die Anbiederung der stalinistischen Bürokratien an bürgerliche Kräfte. Für die Arbeiter, die der Führung der Stalinisten folgten, bedeutete sie allzu oft tödliche Niederlagen – so war es in der Chinesischen Revolution 1927 und der Spanischen Revolution in den 1930er-Jahren, um nur einige Beispiele zu nennen. Die DDR war für Marxisten eine Diktatur des Proletariats – wenn auch bürokratisch deformiert –, die auf vergesellschafteten Produktionsverhältnissen basierte, da die Bourgeoisie enteignet war. In diesem Rahmen war die Nationale Front *ein* Teil der programmatischen Propaganda der DDR-Bürokratie, die nicht wollte, dass die Arbeiterklasse in der DDR auf die Idee kommen könnte, dass sie eigene Klasseninteressen hat, nämlich den Arbeiterstaat durch Räte selbst zu

führen.

Trotzdem ist folgendes noch mal interessant als Fakt: In der DDR war der DFD eine Massenorganisation. Ursprünglich gab es in ganz Deutschland diese antifaschistischen Ausschüsse und DFD-Gruppen, im Westen entstand 1952 aus den Landesverbänden ein eigener Verband, den die deutsche Bourgeoisie 1957 in der BRD kurzerhand verbot.

Noch ein paar Fakten zum Vergleich der Situation von Frauen in den beiden Ländern, DDR und BRD. 1965 kam ein Familiengesetzbuch der DDR heraus, in dem es hieß: „Beide Ehegatten tragen ihren Anteil bei der Erziehung und Pflege der Kinder und der Führung des Haushalts. Die Beziehungen der Ehegatten zueinander sind so zu gestalten, dass die Frau ihre berufliche und gesellschaftliche Tätigkeit mit der Mutterschaft vereinbaren kann.“ Das hielt zwar die „heilige Familie“ hoch, aber betonte Gleichberechtigung. Die BRD-Regierung forderte in einem Bericht 1966: „Pflegerin und Trösterin soll die Frau sein; Sinnbild bescheidener Harmonie, Ordnungsfaktor in der einzig verlässlichen Welt des Privaten; Erwerbstätigkeit und gesellschaftliches Engagement sollte die Frau nur eingehen, wenn es die familiären Anforderungen zulassen.“ Dazu passt



Frankfurter Rundschau

auch, dass in der BRD bis 1977 ein Gesetz besagte, dass die Frau ohne Erlaubnis des Ehemanns eine Arbeit nicht aufnehmen darf. Der Grund für diese Unterschiede lag natürlich in den vergesellschafteten Produktionsverhältnissen in der DDR. Eine wichtige Sache war, dass z. B. die Frage der Vererbung in der DDR keine Rolle spielte, weil kein Privateigentum an Produktionsmitteln existierte. Und Engels hat ja erklärt, dass es bei der ganzen Familieninstitution und Familienideologie ursprünglich darum ging, dass der Mann eindeutig wissen wollte: Sind das meine Kinder oder ist die Frau fremdgegangen; ich will nur meinen Kindern vererben. Das liegt dem zugrunde. Aber das alles spielte in der DDR einfach keine Rolle mehr, es gab nichts zu vererben und insofern löste sich diese Funktion, die die Familie im Kapitalismus hat, eigentlich auf. Aber die stalinistische Führung ... diese rückständigen Typen haben immer wieder versucht, die Stücke der Familienideologie wieder zusammenzukleistern und aufrechtzuerhalten. Ein weiterer Aspekt der Familie ist eine Reglementierung der Kinder, und auch das erodierte in der DDR aufgrund der vergesellschafteten Produktionsverhältnisse. In der DDR galt seit 1950 die Volljährigkeit mit 18 Jahren. In der BRD erst seit 1975!

Der Frauentag in der DDR wurde immer mit Blümchen gefeiert, einhergehend mit Aufrufen an den Ehemann, er solle seiner Frau an dem Tag ein besonders tolles Frühstück machen und sie generell sehr unterstützen usw. Solche Aufrufe unterstrichen eigentlich nur, was die Regel war: dass die Frauen nämlich die zweite Schicht zu arbeiten hatten, um den Haushalt auf die Reihe zu kriegen und sich um die Kinder zu kümmern. Die DDR-Führung versuchte wirklich, dem Frauentag jeden Anschein eines Kampftags der gesamten Arbeiterklasse zu nehmen.

Und wenn dann die Proteste von proletarischen Frauen über ihre zu schwere Arbeitslast und die zweite Schicht zu stark wurden, gab es unterschiedliche Reaktionen. Zum einen versuchte die Bürokratie, mehr Konsumgüter zur Verfügung zu stellen, um die Hausarbeit zu erleichtern, wie beschrieben besonders ab Anfang der 70er-Jahre. So wurde die Produktion von Familien-Waschmaschinen vorangetrieben. Vielleicht wäre es rationaler gewesen, die Anzahl von öffentlichen Wäschereien massiv auszubauen und sie besser auszustatten. Auch verbreitet waren Kampagnen, der Ehemann müsse mehr im Haushalt tun. Tatsächlich war es wohl



Links: Massendemo in den 70er-Jahren im kapitalistischen Westdeutschland forderte die ersatzlose Streichung des reaktionären Abtreibungsparagraphen 218. Rechts: Plakat von Käthe Kollwitz (1924)

in der DDR sehr viel verbreiteter, dass Ehemänner im Haushalt mitgeholfen haben, als es im Westen der Fall war. Es gab in der DDR seit 1952 den „Haushaltstag“, einen freien Tag pro Monat für häusliche Arbeiten, der typischerweise nur der Frau zustand. Erst 1977 wurde er teilweise auch Männern gewährt.

„Sozialismus in einem (halben) Land“

Wohnungen waren Mangelware in der DDR. Der wesentliche Grund dafür war, dass in diesem halben Land – belagert vom rachsüchtigen deutschen Imperialismus, der die ganze Zeit darüber grübelte, wie er dieses Gebiet, in dem er nicht mehr das Sagen hatte, wieder zurückkriegern konnte – einfach die materielle Basis fehlte, um genügend bauen zu können. Es ist auch noch mal wichtig, sich ins Gedächtnis zu rufen, dass die BRD nach 1945 vom US-Imperialismus aufgepäppelt wurde und außerdem die Schwerindustrie und auch das ganze Ruhrgebiet abgekriegt hatte, also die Hauptindustrie. Das ist ein wichtiger Aspekt dabei. Die stalinistische Bürokratie in der DDR sprach aber nicht diese einfache Wahrheit aus, sondern machte auch hier aus der Not eine Tugend. „Sozialismus in einem Land“ bedeutete, dass die Bürokratie möglichst „autark“ produzieren wollte. So wurden 70 Prozent der Produktpalette, die es auf dem Weltmarkt gab, mehr schlecht als recht und unter unverhältnismäßigen Kosten selbst produziert, während die Imperialisten sich auf die Arbeitsteilung in dem von ihnen beherrschten Weltmarkt stützen konnten. Wohnungen wurden in der DDR bevorzugt an Verheiratete vergeben, was wiederum die Leute unter Druck setzte, zu heiraten. Das Vorgehen der Bürokratie war nicht gradlinig und hat sich auch immer wieder geändert und offiziell hatten auch alleinerziehende Frauen und unverheiratete Paare Anspruch auf eine Wohnung. Aber die Stimmung unter jungen Menschen war doch im Allgemeinen, dass sie größere Chancen haben, wenn sie heiraten, wodurch die Familienfunktionen in der Gesellschaft betont wurden.

Ein wichtiger und besonders unschöner Aspekt dieses Programms der stalinistischen Bürokratien vom „Sozialismus in einem Land“ – das heißt, in ihren eigenen Ländern und abgegrenzt von allen anderen – ist, dass es Nationalismus bedeutet. Und so sehr in der DDR die Bürokratie für Ehen und fürs Kinderkriegen Propaganda machte – dies galt im Allgemeinen nicht für Menschen aus anderen



Ländern, die in der DDR lebten, hauptsächlich nicht für Vertragsarbeiter z. B. aus Mozambique, aus Kuba, aus Vietnam, denn sie hatten keine Staatsbürgerrechte. Sie wurden oft getrennt in bestimmten Wohngebieten untergebracht. Wurde etwa eine vietnamesische Frau schwanger, musste sie im Allgemeinen entweder abtreiben oder sie musste zurück, das Land verlassen. Das war eine wirkliche, große, richtige Schweinerei der Bürokratie. Für uns Kommunisten ist selbstverständlich immer die zentrale Losung „Volle Staats-



Mai 1990, Ostberliner Schuhfabrik VEB Goldpunkt: Frauen kämpfen gegen drohende Massenarbeitslosigkeit durch kapitalistischen Anschluss

bürgerrechte für alle Immigranten“, wie das auch in der jungen Sowjetunion galt: Wer dort lebte und arbeitete, hatte Staatsbürgerrechte.

Weg mit dem Paragraf 218!

Der berüchtigte Paragraf 218 macht einen ganz wichtigen Aspekt der Frauen- und Familienfrage aus. Der Paragraf existierte seit Bismarcks Zeiten, seit 1871. In der Weimarer Republik wurde die KPD sehr bekannt für ihren Kampf gegen den Abtreibungsparagrafen. Es gibt einige ausdrucksvolle Plakate, z. B. von Käthe Kollwitz, die ein paar Jahre lang Mitglied in der Internationalen Arbeiterhilfe war, der Verteidigungsorganisation, die mit der KPD zusammenhing. Die KPD stellte in der Weimarer Republik mehrere Anträge im Reichstag, die forderten: Weg mit diesem Paragrafen. Alle wurden abgeschmettert. 1926 gab es dann die erste Änderung seit 1871 durch einen Antrag der SPD, der durchkam. Abtreibung war immer noch strafbar, sowohl für die Frau als auch für denjenigen, der sie durchführte – aber es wurde „nur noch“ mit Gefängnis und nicht mehr mit Zuchthaus bestraft. Das war bis dahin die einzige Änderung seit 1871. Welche Macht die Bourgeoisie mit diesem Paragrafen 218 ausübt und wie tief das ins Leben von allen Beteiligten eingriff, macht noch mal klar: Unter den Nazis stand auf Abbruch die Todesstrafe – es sei denn, die „Fortpflanzung minderwertiger Volksgruppen“ wurde verhindert.

1945 wurde das Naziregime durch die Rote Armee zer schlagen, nach gewaltigen Opfern unter den Soldaten und unter der sowjetischen Bevölkerung. Nach 1945 wurde sowohl im Osten als auch im Westen das Nazi-Gesetz, d. h. die Todesstrafe, rückgängig gemacht, aber ansonsten blieb der alte Strafrechtsparagraf bestehen. Im Osten, also in der späteren DDR, geschah dies mit dem direkten Hinweis auf die Gesetzgebung in der Sowjetunion, wo ja durch die sowjetische Verfassung von 1936 die Abtreibung verboten worden

war. In den Gebieten, die unter der Sowjetischen Militäradministration standen, existierte die Fassung des Paragraf 218 von 1926, in einzelnen Ländern gab es dann zum Teil noch Indikationen, teilweise Sozialindikation oder medizinische, bei Vergewaltigung usw. Es gab ein paar kleine unterschiedliche Möglichkeiten, wie eine Frau vielleicht eine Abtreibung bekommen konnte, aber im Wesentlichen galt die Strafbarkeit.

In Westdeutschland gab es zu diesem Zeitpunkt zum Teil sogar strengere Strafen für Abtreibung. Aber vor dem Bau der Mauer im August 1961 gingen Frauen aus der DDR auch nach Westberlin zur Abtreibung! Denn der Senat, dort immer wieder in SPD-Händen, drückte ganz offensichtlich ein Auge zu in der Hoffnung, der DDR zu schaden. Das ist einfach ein so verdammendes Urteil gegen die Stalinisten, dass die Frauen in den Kapitalismus übergegangen sind, um eine Abtreibung zu bekommen! Und später dann gingen Frauen aus der DDR nach Polen und nach Ungarn zur Abtreibung: In Polen existierte bis 1993 eine Fristenregelung, und heute, nach der kapitalistischen Konterrevolution in diesem Land, hat es eins der restriktivsten Abtreibungsgesetze in ganz Europa und es gibt permanent Versuche, die Abtreibung vollständig zu verbieten. Das ist ein Ergebnis der Konterrevolution. Aber bevor es 1972 die Fristenlösung in der DDR gab, gingen Frauen wirklich nach Polen und Ungarn, weil dort die Abtreibung einfacher zu erhalten und auch besser und sicherer war.

Die Frage der Pille ist auch wichtig und interessant. Schering brachte im Westen im Juni 1961 die Pille auf den deutschen Markt. In der DDR wurde schon lange geforscht, aber die Pille kam erst 1965 raus, wurde aber dann – was einen großen Unterschied macht – kostenlos verteilt. In der BRD denunzierten Ärzte noch 1965, als die Pille schon ein paar Jahre auf dem Markt war, die „staatlich geförderte Hemmungslosigkeit“. In der DDR war Professor Mehlan einer der Pioniere für Empfängnisverhütung. Ihm stellte das westdeutsche Magazin *Stern* 1965 die hetzerische Frage: Jetzt sagen Sie mal ehrlich – ist Abtreibung bei Ihnen denn wirklich kein Mord? Das war der Stand in den 1960ern in Westdeutschland, und es ist beileibe heute keine unselige Vergangenheit. Die katholische Kirche und andere Eiferer bezeichnen Abtreibung immer noch als „Mord“, in den USA wurden Ärzte ermordet, die Abtreibungen durchführten. Das basiert auf der von allen Kirchen getragenen Vorstellung, schon das befruchtete Ei sei nach Gottes Willen mit der „Seele“ des zukünftigen Menschen ausgestattet.

Generell eierte die stalinistische Führung in der DDR in der Frage der Abtreibung und der Pille rum. Einerseits berief sie sich ja auch auf die KPD in der Weimarer Republik, die gegen den Paragrafen 218 gekämpft hat, andererseits pushte sie die Institution der Familie, brauchte Bevölkerungswachstum und Arbeitskräfte und sie musste Frauen in die Produktion ziehen und das wiederum ergab Probleme, wenn die Frauen keinen Zugang zu rationaler Familienplanung hatten. Die Stalinisten reagierten mit ihrem konservativen Programm einerseits auf den Druck des Proletariats und dabei auch der proletarischen Frauen, andererseits auf den des Imperialismus und versuchten sozusagen auf der Mauer zu balancieren, sogar noch bevor die überhaupt existierte. In diesem Zusammenhang ist nochmal wichtig zu sagen, dass wir Trotzlisten die Mauer verteidigt haben, eine bürokratische Maßnahme – die Bürokratie bringt halt nun mal bürokratische Maßnahmen hervor –, aber es war eine Verteidigungsmaßnahme, um das Ausbluten der DDR an dringend benötigten Facharbeitern zu stoppen. Wir haben die Mauer gegen den Imperialismus verteidigt.

Das Programm der DDR-Bürokratie der „friedlichen



Koexistenz“ beinhaltete den Verzicht auf Arbeiterrevolution und die illusionäre Suche nach „progressiven“ bürgerlichen Kräften in den imperialistischen Ländern. Und die Stalinisten dachten schon immer und hofften, dass die SPD, ausgerechnet die SPD im Westen, vielleicht ein Ausdruck solch „progressiver Kräfte“ sei. In gewisser Weise schauten die Stalinisten auf die SPD im Westen wie das Kaninchen auf die Schlange. Als endlich 1972 die Fristenregelung in der DDR eingeführt wurde, war das auch ein Versuch, den imperialistischen Westen und die SPD im Bewusstsein der Frauen zu übertrumpfen. Denn im Westen hatte gerade im Sommer 1971 diese bekannte Kampagne stattgefunden, an der sich auch zentral SPD-Unterstützer beteiligten: „Wir haben abgetrieben.“ Frauen bezichtigten sich selbst dieser „Straftat“. Höchstwahrscheinlich auch dadurch beschleunigt gab es dann schließlich 1972 die Fristenregelung in der DDR. In der BRD wurde übrigens im Juni 1974 eine Fristenlösung eingeführt, die noch im gleichen Monat durch das Bundesverfassungsgericht mit der Begründung einkassiert wurde, Abtreibung widerspräche generell der Verfassung. Seit Mai 1976 existierte dann in der BRD diese Indikationslösung mit dem ganzen menschenverachtenden Beratungszwang, oft durchgeführt von kirchlichen Stellen. *Wir Kommunisten kämpfen für das uneingeschränkte Recht der Frau auf kostenlose Abtreibung auf Wunsch, bei bestmöglicher medizinischer Versorgung!*

Noch 1988/89 gab es im Westen einen Hehenjagdprozess gegen Doktor Theissen in Memmingen, der vor Gericht gezerrt wurde, weil er Abtreibungen vorgenommen hatte; sichere Abtreibungen, gute medizinische Arbeit. Er dachte, dass Frauen ein Recht haben, es selbst zu entscheiden. Und er wurde vor Gericht gezerrt und ins Gefängnis gesteckt und wir haben zu seiner Verteidigung interveniert.

Für unsere Position, für das bedingungslose Recht auf Abtreibung, haben wir auch bei den großen Demonstrationen interveniert, die nach der Konterrevolution in der Ex-DDR stattfanden. Die richteten sich dagegen, dass dieses „Indikationsmodell“ der BRD eingeführt werden sollte, wo irgendein Typ dir menschenunwürdige Fragen stellen und dich beurteilen darf. Die Demonstrationen waren für die Aufrechterhaltung der DDR-Fristenregelung. Und diese Proteste waren so stark, dass noch zwei Jahre lang nach der Konterrevolution diese unterschiedlichen Gesetze in Ost und West weiterexistierten, weil die Bourgeoisie fürchtete, dass diese Frage ein Zündfunke für weitergehende Proteste gegen den Anschluss der DDR sein könnte. Zwei ganze Jahre lang, und dann wurde auch in der Ex-DDR die Indikationslösung durchgesetzt.

DDR-Bürokratie kapituliert vor SPD und Kirche

20 Jahre nach der Konterrevolution in der DDR wehklagten beide Staatskirchen, deren Kirchensteuer automatisch vom bürgerlichen Staat eingezogen wird, dass in der Ex-DDR immer noch zu wenig Leute in der Kirche seien.

In den ersten Jahren der DDR gab es vor allem unter Frauen auf dem Land noch eine ganze Menge Unterstützung für die Kirche. Eine der ersten Kampagnen der Kirche war für die Beibehaltung des alten Systems der Hebammen, die zu den Familien nach Hause gegangen sind, und gegen die neuen staatlichen Gesundheitszentren. Frauen haben aber natürlich gemerkt, dass es Vorteile hat, in so einem Gesundheitszentrum eine ganz gute und weit umfassendere

medizinische Versorgung zu bekommen, als es eine Hebamme zu Hause machen kann, und die Hebammen wurden nach und nach ins Gesundheitssystem integriert. Zwischen 1952 und 1959 stieg der Prozentsatz der Klinikgeburten von unter 50 auf 86 Prozent. Diesen Vorstoß haben die Kirchen schon mal verloren. Und dann haben die Kirchen wieder massiv interveniert, als es um die Familiengesetzgebung in der DDR ging, nämlich gegen Frauen in der Produktion – die Frau müsse in der Familie bleiben. Das hat natürlich ihre



Spartakist

Berlin, 20. Juni 1992: Spartakisten auf Demo gegen Ausweitung des westdeutschen Abtreibungsgesetzes, bittere Frucht der kapitalistischen Wiedervereinigung

Beliebtheit nicht besonders gesteigert, weil die Frauen zunehmend gesehen haben, welche Unabhängigkeit ihnen die Teilnahme am Produktionsprozess brachte.

Es ist wirklich ein Fall von „Das Sein bestimmt das Bewusstsein“. Irgendeine Notwendigkeit für die Kirche kam den Frauen in der DDR einfach mit der Zeit abhanden. Und dann hat die Kirche in der DDR mit einer Kampagne gegen die Fristenlösung, die 1971 beschlossen wurde, versucht sich aufzubauen. Damals gab es in der Volkskammer zum ersten Mal eine erkleckliche Zahl von Nein-Stimmen und Enthaltungen, seitens der CDU, die darin als Mitglied der Nationalen Front saß. Doch damit konnten die kirchlichen Kräfte überhaupt keinen Blumentopf mehr gewinnen. Im Kapitalismus braucht das Privateigentum an Produktionsmitteln, das wie gesagt an Erbrecht und die bürgerliche Familie gebunden ist, die ideologische Weihe durch die Kirche. Der Kapitalismus braucht die Kirche.

Und direkt damit einher geht in allen Klassengesellschaften eine mehr oder weniger starke Verfolgung von Homosexualität. Existiert kein Privateigentum an Produktionsmitteln mehr, dann geht der Kirche allmählich ihre Basis verloren, keiner hat mehr eine Verwendung dafür, wenn es auch Jahre dauert, bis der Einfluss abnimmt. Und in der DDR zog sich das so lange hin, weil die Bürokraten die Familie hochjubelten und damit der Kirche implizit Munition gaben! Diese Hochjubelung der Familie in der DDR bedeutete auch nach wie vor kleinere und größere Schikanen gegen Homosexuelle, aber es gab einen deutlichen Unterschied gegenüber dem Westen und auch zur Situation nach der Konterrevolution in den osteuropäischen Staaten: In der DDR existierten keine rechten und Nazibanden auf den Straßen, die z.B. Schwulentreffs terrorisierten. Schikanen gab es weiterhin, aber es war ein wirklicher Unterschied zum Kapitalismus.

Und dann gab die DDR-Bürokratie in ganz grotesker



Weise ab Mitte/Ende der 80er-Jahre der Kirche, die eigentlich schon in den letzten Zügen lag und ganz wenig Stützpunkte hatte – 64 Prozent der Bevölkerung waren konfessionslos –, erneut Munition durch eine dumpfe bürokratische Unterdrückung der ganzen aufkommenden Unzufriedenheit in der Gesellschaft. Besonders die evangelische Kirche, die von der SPD aus dem Westen bis zum letzten Kirchengesangbuch ausgehalten worden ist, die hat dann ihre „Freiräume“ für Diskussionen zur Verfügung gestellt und konnte damit Boden gewinnen. Und während die stalinistischen Bürokraten bei politischen Gegnern von links eher unnachgiebig waren, waren sie sehr nachgiebig, wo es um die Rechte und „Freiräume“ der Kirche ging. Das ist ganz grotesk, sie haben wieder geholfen, dass die Kirche im Bewusstsein aufstieg.

Lehren ziehen – wir Kommunisten sind das Gedächtnis der Arbeiterklasse

Immer seit den Anfängen der DDR gab es unzählige Männer und Frauen jeden Alters, die ganz bewusst ihre Kraft eingesetzt haben, um „den Sozialismus aufzubauen“, so wie sie es halt verstanden haben! Auch wenn ihr Bewusstsein oft verzerrt war. Literatur besonders aus den Anfängen der DDR zeigt Menschen, die über die realen Möglichkeiten für Frauen und Männer euphorisch waren, die ihnen plötzlich zur Verfügung standen, die ihre Eltern, besonders ihre Mütter, nie gehabt hatten! In den 1960ern zum Beispiel versuchten viele Künstler und Schriftsteller, „Kunst in die Arbeiterklasse“ und die Arbeiterklasse zur Kunst zu bringen, der „Bitterfelder Weg“ mit Losungen wie „Greif zur Feder, Kumpel“ oder andersrum: „Dichter in die Produktion“. Auch wenn dies teilweise offizielle Losungen der DDR-Bürokratie waren, sie wurden oft enthusiastisch aufgegriffen. Und es gab gerade sehr viele Frauen, Brigitte Reimann, Christa Wolf, Maxi Wander, viele andere, die sehr interessante Sachen geschrieben haben über die Situation der Frauen sowohl inmitten dieser Aufbruchstimmung in den frühen Jahren als auch danach. Es ist ganz faszinierend, darüber zu lesen.

Auf der unteren und mittleren Funktionärs Ebene in SED und Staat war der Frauenanteil sehr hoch, unter den Leuten, die Sachen am Laufen gehalten und organisiert haben; aber je höher man in der DDR-Hierarchie stieg, ins ZK oder so, um so weniger wurden es. Und der wesentliche Grund war, dass die allermeisten Frauen in der DDR Familie und Kinder hatten und daher die „zweite Schicht“; die lag wie ein schweres Joch auf ihnen und sie schafften es oft einfach nicht, sich hinaufzukämpfen. Die verknöcherten DDR-Bürokraten an der Spitze betonten auch bewusst die wichtige Rolle der „Mutti“. Im Programm der Stalinisten existierte keine besondere Unterdrückung der Frau, die durch die Vergesellschaftung der Hausarbeit hätte bekämpft werden müssen.

Aber die Antwort lag nicht darin, der DDR-Bürokratie Feminismus näherzubringen, wie das west- und auch ostdeutsche Feministinnen vorschlugen. Die Antwort lag darin, dem politisch reaktionären Programm des „Sozialismus in einem Land“ ein revolutionäres trotzkistisches Programm entgegenzusetzen. Das hat Trotzki getan und das haben wir 1989/90 getan. Im Januar 1990 gab es in Berlin eine große prosozialistische, prosowjetische Demonstration gegen die Nazi-Schändung des Treptower Ehrenmals für die Rote Armee. Und bei dieser großen Demonstration von 250.000, die wir initiiert hatten, da standen unsere Genossen auf dem Rednerpodium, und das erste Mal nach all den Jahrzehnten war es möglich, dass Trotzki eine Rede hielten vor einem Massenpublikum in einem deformierten Arbeiterstaat. Wir riefen zur Verteidigung von DDR und Sowjetunion auf, für eine neue, revolutionäre Partei, für politische Revolution und für die Ausweitung der Revolution auf den Westen.

Wenn man sich auf der anderen Seite anguckt, welcher programmatischer Geist die stalinistische Bürokratie durchdringt – das zeigte sich nicht erst während der Konterrevolution in der DDR, sondern zu dem Zeitpunkt wurde es nur ganz sonnenklar. Die SED nannte sich SED-PDS – später PDS –, und nachdem Gorbatschow im Namen der sowjetischen Bürokratie grünes Licht für die kapitalistische Wiedervereinigung gegeben hatte, gab Modrow von der SED-PDS die Losung „Deutschland, einig Vaterland“ aus. Und diese stalinistischen Bürokraten, die sich als Führung der Arbeiterklasse bezeichneten und die von Arbeitern in der DDR auch größtenteils so angesehen wurden, erzählten plötzlich der Arbeiterklasse, dass es keine andere Möglichkeit gäbe außer dem kapitalistischen Anschluss an die BRD. Aber das war keine plötzliche Wandlung in Panik, da gab's eine ganze Geschichte. Zum Beispiel wurde schon 1987 eine gemeinsame Erklärung von SPD und SED veröffentlicht mit dem schönen Titel „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, wo die Stalinisten einfach vor der SPD auf dem Bauch lagen und sich verpflichteten, den Friedenswillen des Imperialismus nicht anzuzweifeln und dem „weltrevolutionären Prozess“ abzuschwören. Das hatten sie natürlich schon Jahrzehnte vorher getan, aber nun schrieben sie es noch mal auf, nachdrücklich. Das Ganze war auch ein Vorspiel davon, dass Gorbatschow im Frühjahr 1989 die Sowjetunion aus Afghanistan abzog und besonders die Frauen dort schutzlos den Mudschaheddin überließ, die vom CIA und vom Imperialismus finanziert worden waren. Wir hatten gesagt: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan – Ausweitung der Oktobererrungenschaften auf die afghanischen Völker!“, als die Sowjetarmee dort einzog, und gerade die Frauenfrage war ein wichtiger Punkt bei unserer Position. Gorbatschows Abzug war ein ganz krimineller Verrat.

Und heute sind die Überreste der PDS in der Linkspartei und sie sind einfach die zweite reformistische Massenpartei in diesem Land, in Lenins Worten eine bürgerliche Arbeiterpartei. Sie arbeiten neben der SPD daran, die Arbeiterklasse hier an ihre imperialistischen Ausbeuter zu ketten, indem sie ihnen erzählen, es gäbe keine Alternative zum Kapitalismus.

Die Konterrevolution in der DDR, in der Sowjetunion, in den osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten traf besonders die Frauen, das haben wir immer hervorgehoben. In der DDR traf es besonders die Frauen, die in der Industrie gearbeitet hatten, die der Imperialismus in seinem Raucherfeldzug weitgehend zerstört hat. Die Zahl der Menschen, die keine Arbeit bekommen und heute von den menschenverachtend niedrigen Hartz-IV-Zahlungen leben müssen, ist besonders in der ehemaligen DDR hoch und trifft besonders alleinerziehende Frauen. (Siehe den Titelseitenartikel in dieser Ausgabe.)

Wir Trotzkiisten treten nach wie vor für die bedingungslose militärische Verteidigung der Staaten ein, in denen der Kapitalismus nicht mehr existiert, das sind heute noch China, Vietnam, Nordkorea und Kuba. Diese deformierten Arbeiterstaaten sind eine Errungenschaft der gesamten Arbeiterklasse in der Welt. Unser Programm ist, durch eine politische Revolution der Arbeiterklasse – Männer und Frauen – die Bürokratien dort wegzufegen und zum Weg und Programm der Oktoberrevolution zurückzukehren. Und in den kapitalistischen Ländern muss die Bourgeoisie durch sozialistische Revolution enteignet werden. Dafür bauen wir unsere internationale Partei auf. Wir sind das Gedächtnis der Arbeiterklasse, wir müssen die Sachen weitertragen, wir wollen die Lehren ziehen und daraus lernen, wollen uns vorbereiten auf Siege. **Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!** ■

Nieder mit „Sparpaket“ ...

Fortsetzung von Seite 1

Demagogische Hetze ist für Sarrazin, der seit 1973 SPD-Mitglied ist, weder neu noch überraschend. Letztes Jahr wertete er gegen muslimische Einwanderer in Berlin, die „ständig neue, kleine Kopftuchmädchen produzier[en]“ (*Lettre International*, September 2009). Als Anfang diesen Jahres Forderungen nach Erhöhung von Hartz-IV-Bezügen für Kinder erhoben wurden, nachdem das Bundesverfassungsgericht die Regelsätze für verfassungswidrig erklärt hatte (natürlich nicht etwa, weil sie viel zu niedrig, sondern lediglich, weil sie nicht „transparent“ genug sind), wurde dies von Außenminister Guido Westerwelle (FDP) als „spätromische Dekadenz“ abgelehnt, der auch prompt „sozialistische Züge“ in der Diskussion ausmachte. Sarrazin kritisierte Westerwelle ... und setzte noch einen drauf. Beim Wasser könnten Hartz-IV-Empfänger doch sparen, meinte er: „Kalt duschen ist doch eh viel gesünder. Ein Warmduscher ist noch nie weit gekommen im Leben“ (*Süddeutsche Zeitung*, 1. März).

Sarrazins übles Machwerk vertritt offen klassische Rassen„theorien“, wonach Intelligenz vererbbar sei und genetische Unterschiede zwischen den Ethnien bestünden. Die Gene sind angeblich daran schuld, dass Immigranten eine schlechtere Bildung haben. Damit wird von den sozialen Ursachen der Bildungsmisere abgelenkt. Die PISA-Studie 2003 bestätigte erneut, „dass in kaum einem anderen vergleichbaren Industrieland der Bildungserfolg so eng mit der sozialen Herkunft verknüpft ist wie in Deutschland“. Diese soziale Diskriminierung hat durch die Kürzungen seit der kapitalistischen Wiedervereinigung zugenommen: „Nur sechs von 100 Arbeiterkindern beginnen ein Hochschulstudium, während 49 von 100 Gymnasiasten aus einkommensstarken Familien eine Universität besuchen... Zwischen 1982 und 2003 ist der Anteil der Studierenden aus der höchsten Sozialschicht von 17 auf 37 Prozent kontinuierlich angestiegen, während sich der Anteil der Studierenden aus der untersten Herkunftsgruppe von 23 auf 12 Prozent verringert hat“ (*Aus Politik und Zeitgeschichte*, 44–45/2006).

Nun gehören Immigranten, die in den 1960er-Jahren als „Gastarbeiter“ für die miesesten Jobs hergeholt wurden, und ihre hier geborenen Nachkommen nach wie vor überwiegend den untersten sozialen Schichten dieser rassistischen kapitalistischen Gesellschaft an. Sie sind vor allem in der Arbeiterklasse vertreten und überproportional von Hartz IV betroffen. Letzteres gilt auch für Ostdeutsche, die mit einer Quote von über 17 Prozent doppelt so oft Hartz-IV-Empfänger sind wie der Bundesdurchschnitt, und es gilt für Alleinerziehende, d. h. überwiegend Frauen. Bei Immigranten kommt zur Armut noch die Sprachbarriere hinzu, die sie nicht nur bei Behörden, Ärzten usw. in Schwierigkeiten bringt, sondern auch die Kinder in der Schule scheitern lässt. Da es gerade im Westen viel zu wenig Kitaplätze gibt, die obendrein Geld kosten, haben sie die Sprache nicht als Kleinkinder gelernt und können nach der Einschulung dem auf Deutsch geführten Unterricht nicht folgen. Bis sie die Sprache halbwegs gelernt haben, sind sie rettungslos im Stoff abgehängt worden und viele schaffen nicht einmal den Haupt- oder Realschulabschluss. Ohne Schulabschluss sind diese Jugendlichen daher zu schlecht bezahlten, unsicheren Jobs verdammt und viel häufiger Hartz IV ausgesetzt. Dies und nicht irgendwelcher rassistischer Müll über Gene erklärt die Ursache der schlechteren Bildung von Immigranten.

Zwar werden bestimmte, besonders außenpolitisch schädliche Aspekte von Sarrazins Hetze von der CDU/FDP-Regierung und dem SPD-Bundesvorstand verurteilt – z. B. sein Gerede von einem „bestimmten Gen“, das „alle Juden teilen“ –, aber Sarrazins Stoßrichtung, in klassischer „Teile-und-Herrsche“-Manier Muslime zu Sündenböcken abzustem-



Potsdam, 9. September: Bullen beschützen Sarrazins „Lesung“ gegen antirassistische Demonstranten

peln, wird unterstützt. Denn so kann man die Wut über soziale Ungerechtigkeit und Elend von der Bourgeoisie und ihrem Staat weg kanalisieren. Nach Sarrazins übler sozialdarwinistischer Logik ist natürlich jede Bemühung, die desolaten soziale Lage, in der sich ein Teil der Muslime in Deutschland befindet, zu verbessern, von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Und während er über den „Untergang Deutschlands“ wegen angeblich zu vieler muslimischer Kinder gefiert, streicht die Regierung mit dem „Sparpaket“ das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger und trifft damit neben alleinstehenden Müttern ganz zentral arme muslimische Familien.

Weit davon entfernt, sich damit gesellschaftlich isoliert zu haben, wird über Sarrazins Müll fleißig diskutiert, als ob diese Rassen„theorie“ etwas völlig Harmloses sei. In einem Kommentar nimmt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (4. September) Sarrazin sogar in Schutz: „Die in einem Interview gefallene Äußerung von einem ‚jüdischen Gen‘, die reflexartig skandalisiert wurde (in Wahrheit geht es um die Behauptung, dass ‚Juden mehr genetisches Material miteinander, als mit ihrer nichtjüdischen Umgebung‘ [gemeinsam haben]), wie der Forscher Gil Atzmon sagt, ist in der Tat ein Politikum – aber nicht in Deutschland, sondern im Nahen Osten. Die Zustimmung, die Sarrazin aus dem Publikum entgegenschlägt, ... gilt nicht seinen schrägen oder falschen Thesen. Sie gilt einer Zustandsbeschreibung von Sozialstaatsmissbrauch und Integrationsverweigerung, für die fast Jeder Beispiele kennt.“ Die deutsche Bourgeoisie, die Hitler an die Macht brachte und die Verantwortung für den Rassenwahn der Nazis trägt, der zur industriellen Ermordung von 6 Millionen Juden führte, diskutiert wieder offen wohlwollend in ihrem Frankfurter Hausorgan Rassen„theorien“. Rassismus und Antisemitismus sind untrennbar mit der herrschenden Kapitalistenklasse verbunden.

Die Resonanz auf Sarrazins Dreck ist die bittere Frucht des rassistischen „Krieg gegen den Terror“, den die SPD/Grünen-Regierung nach dem 11. September 2001 in Anlehnung an den US-Präsidenten George Bush verkündete. Nach außen nutzt man das politische Konstrukt vom „Krieg gegen den Terror“, um die Bundeswehr im Kolonialkrieg in Afghanistan einzusetzen. Nach innen wurde die Bevölkerung mit muslimischem Hintergrund vom Staat ins Visier genommen: Der rassistischen Rasterfahndung folgten Razzien in Moscheen, Abertausende Immigranten wurden von der Polizei „verdachtsunabhängigen Kontrollen“ unterzogen. Deutsche Muslime wurden zu Freiwillig erklärt, die von der CIA entführt, gefoltert und mit Billigung und Unterstützung durch die deutsche Regierung in Gefängnishöhlen wie Guantanamo eingekerkert werden konnten, wie die Fälle von Murat Kurnaz und Khaled El-Masri zeigen. Damit hatte die

bürgerliche Reaktion auch wieder einen Feind im Inneren und Äußeren geschaffen, um den Abbau demokratischer Rechte zu legitimieren – den Kommunismus haben sie ja, wenn auch völlig zu Unrecht, mit der kapitalistischen Konterrevolution in DDR und Sowjetunion für tot erklärt. Die Ermordung der jungen Ägypterin Marwa El Sherbini in einem deutschen Gerichtssaal vor den Augen ihres dreijährigen Sohnes durch einen aufgehetzten antimuslimischen Rassisten im Sommer letzten Jahres war direktes Ergebnis vom staatlichen „Krieg gegen Terror“. Sarrazins Hetze schürt eine Pogromstimmung gegen die muslimische Minderheit und stachelt mörderischen Rassismus an. Vor wenigen Tagen beschlagnahmte die Polizei Plakate der NPD, die verkündete: „Sarrazin hat Recht!“ Sarrazin zeigte die Faschisten an, aber es sind genau die Geister, die er selber rief.

Reformismus schürt Nationalismus, Rassismus

Vor einigen Jahren war solcher Dreck wie jetzt von Sarrazin nur von Naziideologen zu hören und der SPD-Vorstand leitete am 30. August ein Ausschlussverfahren gegen Sarrazin ein, weil er „mit seinen Äußerungen zu genetischen Identitäten von Völkern, Ethnien oder Religionsgemeinschaften eine Grenze überschritten“ hat. Die Sozialdemokratie ist darüber polarisiert. Zwei Ausschlussanträge der Berliner SPD wegen Sarrazins rassistischem Interview in *Lettre International* wurden letztes Jahr abgewiesen, weil darin von der Schiedskommission „weder ein parteischädigendes noch ein ehrloses Handeln“ gesehen wurde! Nun prasselten hunderte Mails, Briefe und Anrufe auf den SPD-Vorstand ein. Der Großteil stammte von Nichtmitgliedern zur Verteidigung von Sarrazin, die Briefe von SPD-Mitgliedern waren halb und halb gespalten. Laut einer Umfrage des Berliner Info-Instituts unter 1024 Wahlberechtigten Anfang September gaben 36 Prozent der befragten SPD- und 43 Prozent der befragten Linksparteiwähler Sarrazin mehr oder weniger recht (47 Prozent der SPD- und 34 Prozent der Linksparteiwähler lehnten ihn ab). Diese Unterstützung entspringt der Logik des sozialdemokratischen Reformismus, der den Arzt am Krankenbett des Kapitalismus spielt. Das bedeutet, Schiedsrichter im Kampf der verschiedenen Gruppen von Bedürftigen um die immer armseliger werdenden Krumen vom Tisch der kapitalistischen Herrscher zu sein, bei dem einer gegen den anderen ausgespielt wird: „Ossis“ gegen „Wessis“, türkische Einwanderer gegen Ostdeutsche und gegen Aussiedler aus der Ex-Sowjetunion, Männer gegen Frauen usw. Damit werden zwangsläufig Nationalismus und Rassismus geschürt.

Sarrazin ist ein Paradebeispiel dafür: Im Finanzministerium entwickelte er Ende Januar 1990 für den CDU-Kanzler Helmut Kohl den Plan für die Währungsunion, ein wichtiger Beitrag, um die kapitalistische Konterrevolution voranzutreiben. Für seine „Verdienste“ wurde er Leiter der Fachaufsicht des Finanzministeriums über die Treuhand. Fast 7000 Staatsbetriebe wurden von der Treuhand an private Investoren verschleudert, 3700 Firmen „abgewickelt“, 2,5 Millionen DDR-Bürger auf die Straße geworfen und ein geschätztes Industriekapital von 600 Milliarden Euro in einen Schuldenberg von über 200 Milliarden Euro verwandelt. Begleitet wurde das durch die rassistische Kampagne gegen Asylbewerber, was zum staatlich organisierten Pogrom in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 führte, während die SPD mit den berüchtigten Petersberger Beschlüssen zeitgleich der faktischen Abschaffung des Asylrechts zustimmte. Es folgten die Brandanschläge von Mölln und Solingen, wo türkische Frauen und Mädchen verbrannten. Nach der Wiedervereinigung sah die Bourgeoisie auch keine Notwendigkeit mehr dafür, Westberlin als Schaufenster gegen die DDR aufzuputzen und so hat Sarrazin sich 1991 dafür eingesetzt, die bisherigen Bundeszuschüsse für Westberlin abzubauen.

Zehn Jahre später war Berlin bankrott und mit 18,4 Prozent ist dort heute der Anteil der Hartz-IV-Empfänger höher als in jedem anderen Bundesland. Dazu kam der Ruin der Berliner Bankgesellschaft aufgrund der korrupten Vetternwirtschaft des SPD/CDU-Senats. Sarrazin wurde nun als Finanzsenator Einpeitscher des SPD/Linkspartei-Senats, der 2002 angetreten war, die Stadt und ihre Bank auf Kosten der Arbeiter und Armen zu „sanieren“. Dabei tat er sich auch darin hervor, gegen die muslimische türkischstämmige Berliner Bevölkerung zu hetzen, die durch die Abwanderung der Westberliner Industrie massiv arbeitslos wurde. Sarrazin selber hat gut ausgesorgt. Nach seinem „freiwilligen“ Abgang aus dem Bundesbankvorstand hat er nun Anspruch auf eine Rente von 10000 Euro pro Monat.

Die Zustimmung für Sarrazin unter Linksparteiwählern ist scheußlich, aber leider nicht überraschend. Das keynesianische Programm der Linkspartei, wonach das deutsche Kapital mehr Jobs in Deutschland schaffen solle, ist grundsätzlich nationalistisch. Das Gleiche gilt für den von ihr hoffierten „Ossi“-Nationalismus. Und erinnern wir uns an Lafontaines berüchtigte Chemnitz-Rede im Sommer 2005, wo er chauvinistisch über Arbeiter aus Polen und anderen osteuropäischen Ländern herzog, dass „Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter ihnen zu Billiglöhnen die Arbeitsplätze wegnehmen“. Wenn man es akzeptiert und anstrebt, Verantwortung für das Verwalten des Kapitalismus auf nationaler Grundlage zu übernehmen, was für eine Lösung hat man dann gegen Arbeitslosigkeit, außer dass man versucht, in Konkurrenz zu den Arbeitern anderer Länder „deutsche Jobs“ zu verteidigen?

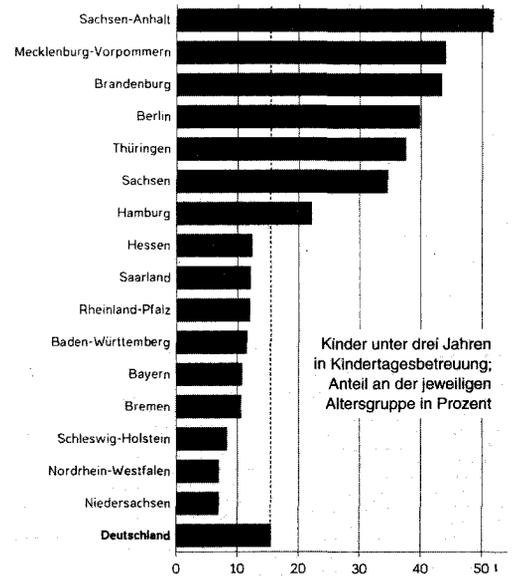
Marx21 und die antimuslimische Hexenjagd

Die Tony-Cliff-Anhänger von Marx21 beteiligten sich an verschiedenen Protesten gegen antimuslimischen Rassismus und stellten sich gegen das Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst in Deutschland oder gegen das Verbot des Tragens der Burka in Frankreich, was sie zu Recht als rassistisch brandmarken. Aber dabei lassen sie die Opposition gegen das Kopftuch bzw. den Schleier als Instrument zur Unterdrückung der Frau fallen. Unsere Opposition ist dagegen Teil unseres kompromisslosen Kampfes für Frauenbefreiung. Wir verstehen, dass staatliche Verbote Rassismus schüren, die gesellschaftliche Isolation der Frauen vertiefen und es ihnen noch schwieriger machen, einen Job zu finden. Damit wird ihre Abhängigkeit vom Mann und der Familie verstärkt, was ihre Unterdrückung nur weiter befestigt. Wir sind für die Trennung von Kirche, Moschee und Synagoge vom Staat. Religion ist Privatsache und es ist nicht Sache des Staates, zu entscheiden, wer was trägt. Gleichzeitig kämpfen wir als atheistische Materialisten gegen jegliche religiöse, nationalistische und chauvinistische Vorurteile, die immer wieder zu Blutvergießen und Leid führen. Es bedarf einer sozialistischen Revolution, um den Kapitalismus als materielle Ursache für Elend, Kriege und Religion zu beseitigen.

Noch offener kapitulierte die SWP, britische Schwesterorganisation von Marx21, vor dem Islam. 2003 prahlte die SWP damit, ein Antikriegstreffen in Birmingham organisiert zu haben, wo es einen abgetrennten Sitzbereich für Frauen gab! Sie wollten aus den riesigen von muslimischen Organisationen unterstützten Antikriegsprotesten gewinnen, die geführt worden waren von der „Stop the War Coalition“ (die die SWP zustande gebracht hatte). Mit ihrer „Respect“-Koalition, die sie gemeinsam mit dem Labour-Abgeordneten James Galloway 2004 gegründet hatte, wollte sie vom Hass auf Tony Blairs Labour-Regierung profitieren, der unter der vom „Krieg gegen Terror“ besonders betroffenen muslimischen Bevölkerung weitverbreitet war. Die SWP-Führer sorgten dafür, dass das Gründungsprogramm von „Respect“ nicht einmal formal für „Sozialismus“ eintrat, und stimmten



AP/Diether Endlicher



Grafik adaptiert vom Statistischen Bundesamt, Datenreport 2008

Links: Essenausgabe in München. Rechts: Grafik zeigt Unterversorgung mit Kitaplätzen. Gewerkschaften müssen für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände und hochwertige Kinderbetreuung rund um die Uhr kämpfen

einen Antrag für die Abschaffung der Monarchie nieder. Innerhalb von „Respect“ schnitt die SWP ihre Forderungen auf die Moscheen zu, und begrub praktisch den Kampf für Frauenbefreiung und Homosexuellenrechte und sie widersprach dem erklärten Abtreibungsgegner Galloway nicht öffentlich in dieser Frage (siehe *Workers Hammer* Nr. 194, Frühjahr 2006).

Diese Kapitulation hat eine Vorgeschichte. So jubelte die Cliff-Tendenz die islamisch fundamentalistischen Mudschaheddin in Afghanistan hoch, die von der CIA bis an die Zähne bewaffnet wurden und gegen die sowjetische Rote Armee kämpften, die im Dezember 1979 dem säkularen modernisierenden linksnationalistischen DVPA-Regime zur Hilfe geeilt war. Auch heute noch kaut sie die Kriegspropaganda der Imperialisten gegen diejenigen nach, die für grundlegendste Frauenrechte und gegen die Großgrundbesitzer kämpften: „Für die Linke war die Invasion eine Katastrophe, die bis heute nachwirkt. Die Linken hatten versucht, eine Landreform durchzuführen und Frauenbefreiung mit Gewalt durchzusetzen. Daher wurden in den 1990ern die Begriffe Feminismus und Frauenbefreiung von vielen Afghanen mit Massenmord gleichgesetzt. Jeder kannte jemanden, der im Namen von Sozialismus und Feminismus getötet worden war“ (*marx21*, Juni 2008). Für uns Marxisten eröffnete die sowjetische Militärintervention die Möglichkeit einer sozialen Befreiung der afghanischen Massen, insbesondere der Frauen. Daher forderten wir: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan! Weitete die Errungenschaften des Oktober auf die Völker Afghanistans aus!“

Nach der kapitalistischen Wiedervereinigung – die die Cliff-Anhänger nach Kräften unterstützt hatten – trug Linksruck, der Vorläufer von Marx21, mit jahrelangen Kampagnen und ihrem Wahlauftritt für die SPD nach Kräften zu deren Wahlsieg 1998 bei. Diese verkündete dann 2001 den antimuslimischen „Krieg gegen den Terror“. Letztes Jahr stellte Marx21 den Zusammenhang her zwischen Sarrazins Demagogie und seiner Rolle im Berliner Senat:

„Als Finanzsenator von Berlin setzte er die Linie des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD) um, dass gespart werden müsse, ‚bis es quietscht‘. Das damalige Wechselspiel zwischen den beiden erinnert an die Verhörmethode ‚Guter Polizist, böser Polizist‘. Sarrazin gab den ‚Bösen‘ und forderte, bewusst provokant, harte Kürzungen im sozialen Bereich. Das ermöglichte es Wowereit, in die Rolle des ‚Guten‘ zu schlüpfen, der den

Finanzsenator bremst und ‚weniger harte‘ Einschnitte vornimmt.

Ziel einer solchen Politik ist allerdings nicht nur das Ablenken von der Verantwortung der Politik durch das Präsentieren von Sündenböcken. Auch der Widerstand gegen Sozialabbau und Rassismus soll auf diese Weise nach dem Motto ‚Teile und herrsche‘ gespalten werden.“ (21. Oktober 2009)

Doch die Verantwortung der Linkspartei, die diese Angriffe in Koalition mit der SPD durchführt und die wie Wowereit den „guten Bullen“ mimt und jetzt vieles von Sarrazins Dreck zurückweist, wird von der Gruppe Marx21 nicht erwähnt. Kein Wunder, sie selbst rief noch 2006 zur erneuten Wahl der Linkspartei in Berlin auf, trotz aller vorherigen Schweinereien des Senats. Sie ist tief in der Linkspartei begraben und hat Vertreter im Parteivorstand. Sie verbreitet die Illusion, es könne parlamentarische Regierungskoalitionen – via Linkspartei – geben, die den Interessen der Unterdrückten dienen. Tatsächlich dient dieser Staat der Kapitalistenklasse, und wie Lenin in *Staat und Revolution* darlegte, ist es eine strategische Aufgabe der Arbeiterklasse in einer sozialistischen Revolution, diesen kapitalistischen Staat zu zerschlagen und durch einen Arbeiterstaat zu ersetzen.

Hartz IV – Angriff auf die gesamte Arbeiterklasse

Sarrazins Hetze flankiert die Angriffe der Regierung auf die Hartz-IV-Empfänger, die ein Angriff auf die gesamte Arbeiterklasse sind. Schon jetzt beträgt der Hartz-IV-„Eckregelsatz“ lächerliche 359 Euro im Monat, von dem alle Ausgaben bis auf Miete und Heizkosten bestritten werden müssen; Paare erhalten gar nur 90 Prozent, Kinder nach Alter gestaffelt 80, 70 oder nur 60 Prozent davon (das Kindergeld wird mit dem Hartz-IV-Satz verrechnet, fällt also weg):

„Errechnet wurde der Regelsatz angeblich auf der Basis der statistisch ermittelten Ausgaben des ärmsten Fünftels der Einpersonen-Haushalte in der Bundesrepublik. Deren Ausgaben betragen 2003 828 Euro, nach Abzug der Ausgaben für Wohnung und Heizung 526 Euro. Diese Ausgaben auf einen Regelsatz von 345 Euro herunterzurechnen, gelang der Politik im Wesentlichen dadurch, dass sie bei etlichen Ausgabearten die Ausgaben des ärmsten alleinstehenden Bevölkerungsfünftels nur zum Teil als ‚regelsatzrelevant‘ anerkannt hat.“ (Anne Ames, „Ich hab’s mir nicht ausgesucht ...“, Mainz, 2007) Für die Ernährung sind 4,36 Euro pro Tag vorgesehen,

bei Kindern, die ja heranwachsen und entsprechend viel und ausgewogene Nahrung für eine gesunde Entwicklung benötigen, sind das dann sage und schreibe 3,49 bis 2,62 Euro pro Tag! Schlimmer noch, da auch die Posten für viele andere notwendige Ausgaben viel zu gering sind, müssen sich Hartz-IV-Empfänger diese buchstäblich vom Mund absparen. Einen Ausdruck findet dies im rasanten Anwachsen des Hilfsprojekts der „Tafeln“ in Deutschland, das sehr billig Lebensmittel verkauft bzw. abgibt, die es von Supermärkten usw. erhält, weil sie dort nicht mehr verkauft werden können (häufig weil sie nicht mehr frisch genug sind). Ein Artikel in



Griechenland, 1. Mai, Proteste gegen Kahlschlagspolitik im Dienste der griechischen Bourgeoisie und deutscher Banken

der *trend*-Onlinezeitung (Juli/August 2010) berichtet: „1963 gab es die erste Tafel in den USA, 1993 wurde die erste in Berlin gegründet. Inzwischen existieren 800 Tafeln mit mehr als 2000 Ausgabestellen, die von einer Million Menschen genutzt werden, ca. 40000 meistens ehrenamtliche Tafelaktivisten, einige Tausende Ein-Euro-Jobber.“

Hunger und Mangelernährung sind wieder zu einem Massenphänomen in Deutschland geworden, der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt. Und das ist politisch gewollt und wurde gezielt von der „linken“ kapitalistischen SPD/Grünen-Bundesregierung unter Schröder und Fischer mit ihrer „Agenda 2010“ herbeigeführt. Noch ungezügeltere Gier nach Profiten, damit feiert die Bourgeoisie die Zerstörung von DDR und Sowjetunion durch die kapitalistische Konterrevolution. Da das „Sparpaket“ von CDU/FDP also die lineare Fortsetzung ihrer eigenen „Agenda 2010“ ist, sind seine Verurteilungen als „unsozial“ durch SPD und Grüne so heuchlerisch wie lau. Nicht weniger heuchlerisch, wenn auch für viele nicht so offensichtlich, sind die Deklamationen gegen „Sparpaket“ und Hartz IV von Seiten der Linkspartei. Ihr ganzes Streben ist darauf gerichtet, den kapitalistischen Staat zu verwalten, und dort, wo sie in den Landesregierungen sitzt, wie in Berlin und Brandenburg, vollstreckt und verwaltet sie die Hartz-IV-Armut für die Kapitalistenklasse.

Hartz IV bringt nicht nur die mörderische Verachtung der Bourgeoisie und ihrer politischen Handlanger denjenigen gegenüber zum Ausdruck, die ihr keine Profite bringen und die sie daher als „überflüssig“ ansieht, als „Kostenverursacher“, die die Profite schmälern. Vielmehr soll die Lage der Hartz-IV-Verelendeten noch unerträglicher gemacht werden. Einerseits als Abschreckung für diejenigen, die noch Arbeit haben, damit sie den Bossen dankbar sind und Lohnkürzungen und die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen hinnehmen; und um andererseits die Hartz-IV-Emp-

fänger selber dazu zu treiben, auch die miesesten Jobs anzunehmen. Als eine Form faktischer Zwangsarbeit droht die Zusammenstreichung selbst der Hungerbezüge, wenn ein Hartz-IV-Empfänger einen Job ablehnt, den das Jobcenter für „zumutbar“ hält. Jedes Jahr werden über 700000 Menschen durch Ein-Euro-Jobs geschleust und so reguläre Arbeitsplätze zerstört und die Löhne nach unten getrieben. Laut dem Juni-Report des Instituts Arbeit und Qualifikation arbeiten mittlerweile 17,9 Prozent aller Beschäftigten im Westen und 39,3 Prozent im Osten zu Niedriglöhnen. Betroffen sind wie schon bei Hartz IV neben Ostdeutschen vor allem Immigranten und ihre Nachkommen, sowie Frauen. Fast jede dritte arbeitende Frau bekommt Niedriglohn und Frauen machen 70 Prozent des Niedriglohnsektors aus. Seit dem Machtantritt der SPD/Grünen-Regierung 1998 bis 2008 wuchs der Niedriglohnsektor um über die Hälfte auf 6,55 Millionen und die Niedriglöhne selber sanken. Damit ist es der deutschen Bourgeoisie gelungen, einen von Europas größten Niedriglohnsektoren aufzubauen.

Für Klassenkampf gegen „Sparpaket“ und Hartz IV

Die DGB-Führung beklagte jetzt, dass sich seit Einführung von Hartz IV die Zahl der Vollzeitbeschäftigten, deren Löhne mit staatlicher Hilfe „aufgestockt“ werden müssen, auf 355000 versiebenfacht hat. 50 Milliarden Euro habe der Staat seit 2005 für „Dumpinglöhne skrupelloser Unternehmer“ aufbringen müssen. Das wirft noch einmal ein Licht auf das Ziel der Hartz-„Reformen“, bei denen es in erster Linie nicht darum geht, Ausgaben zu sparen. Im Wesentlichen spielen sie Arbeiter und Arbeitslose gegeneinander aus und sind der Rammbock, um die Gewerkschaften kaputt zu machen und die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse nach unten und entsprechend die Profite der Kapitalistenklasse nach oben zu treiben. Karl Marx analysierte diese Frage schon 1867 in Band 1 des *Kapitals* und skizzierte die notwendige Antwort der Arbeiterklasse:

„Wenn seine Akkumulation [des Kapitals] einerseits die Nachfrage nach Arbeit vermehrt, vermehrt sie andererseits die Zufuhr von Arbeitern durch deren ‚Freisetzung‘, während zugleich der Druck der Unbeschäftigten die Beschäftigten zur Flüssigmachung von mehr Arbeit zwingt, also in gewissem Grad die Arbeitszufuhr von der Zufuhr von Arbeitern unabhängig macht. Die Bewegung des Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr von Arbeit auf dieser Basis vollendet die Despotie des Kapitals. Sobald daher die Arbeiter hinter das Geheimnis kommen, wie es angeht, dass im selben Maß, wie sie mehr arbeiten, mehr fremden Reichtum produzieren und die Produktivkraft ihrer Arbeit wächst, sogar ihre Funktion als Verwertungsmittel des Kapitals immer prekärer für sie wird; sobald sie entdecken, dass der Intensitätsgrad der Konkurrenz unter ihnen selbst ganz und gar von dem Druck der relativen Übervölkerung abhängt; sobald sie daher durch Trade’s Unions [Gewerkschaften] usw. eine planmäßige Zusammenwirkung zwischen den Beschäftigten und Unbeschäftigten zu organisieren suchen, um die ruinierenden Folgen jenes Naturgesetzes der kapitalistischen Produktion auf ihre Klasse zu brechen oder zu schwächen, zetert das Kapital und sein Sykophant, der politische Ökonom, über Verletzung des ‚ewigen‘ und sozusagen ‚heiligen‘ Gesetzes der Nachfrage und Zufuhr.“

Statt Arbeiter und Arbeitslose im Kampf für ein menschenwürdiges Leben zu vereinen, hat die Gewerkschaftsbürokratie die Hartz-„Reformen“ der SPD/Grünen-Regierung

unterstützt und Proteste dagegen abgewürgt. Sie ist dem Kapitalismus verpflichtet und versucht, die Interessen der Arbeiterklasse mit denen der Kapitalisten zu versöhnen. Im Namen ihres nationalistischen bürgerlichen Programms vom „Standort Deutschland“ lässt sie die Arbeiterklasse Zugehörigkeiten machen, um die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Kapitals nicht zu gefährden. Sie hat nicht nur zugelassen, dass durch die Hartz-Gesetze der Niedriglohnsektor massiv wuchs, zahllose Ausverkäufe haben das Lohnniveau der Arbeiterklasse insgesamt gesenkt: Betrug der Brutto-lohnuwachs in den letzten zehn Jahren in Deutschland 21,8 Prozent, so waren es 35,5 Prozent in der EU, bei den Lohnnebenkosten war der Zuwachs in Deutschland gar nur 9,3 gegenüber 38,5 Prozent in der EU. Dank dieser verräterischen Klassenzusammenarbeit explodieren nicht nur die Profite der deutschen Bourgeoisie, auch die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeiter in den anderen Ländern Europas werden so massiv unter Druck gesetzt und die Lohnspirale ein kräftiges Stück nach unten gedreht.

Die DGB-Bürokratie ist organisch mit SPD und Linkspartei verbunden, die, wie Lenin es so treffend ausdrückte, bürgerliche Arbeiterparteien sind, d. h. sie haben ihre Basis in der Arbeiterklasse, aber ein bürgerliches Programm. Es ist die strategische Aufgabe für Revolutionäre, durch Intervention in die Klassenkämpfe und durch deren Vorantreiben die Arbeiterbasis von den bürgerlichen Arbeiterparteien zu brechen und eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei aufzubauen. Es war genau die Verbindung mit den Gewerkschaften, die die SPD an der Regierung so nützlich für die Bourgeoisie machte, denn dadurch wurde der proletarische Widerstand gegen die Angriffe minimiert. Aber die zunehmende Wut in der Arbeiterklasse über die Angriffe der SPD-geführten Regierung stürzte die SPD in eine Krise und machte die Unterstützung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen für die Regierung zunehmend schwierig. Ein Teil der Gewerkschaftsbürokratie brach 2003 mit der SPD und gründete die WASG, die später mit der ex-stalinistischen PDS zur Linkspartei fusionierte. Das Linkspartei-Programm ist von dem der SPD nicht qualitativ verschieden, man träumt im Grunde von einer Rückkehr zur „guten alten“ „Sozialstaats“-SPD vor Schröder.

Um den schlimmsten Auswüchsen von Hartz IV einen Riegel vorzuschieben, fordern die Gewerkschaftsspitzen einen staatlichen Mindestlohn. Doch statt auf die Mobilisierung der Basis setzen sie darauf, dass SPD und Linkspartei dies im Parlament durchsetzen. Die IG Metall hat jetzt in ihren Tarifverhandlungen für die Stahlindustrie, deren Abschluss Signalcharakter hat, die wichtige Forderung erhoben, dass Leiharbeiter den gleichen Lohn erhalten wie die Stammbeschäftigten. Diese faktische Forderung nach „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ ist nicht nur längst überfällig, das Festhalten an diesem gewerkschaftlichen Grundprinzip hätte den entschiedensten Klassenkampf gegen die Einführung der Hartz-Gesetze bedeuten müssen. Ob Mindestlohn oder Gleichstellung der Leiharbeiter: Notwendig ist ein Kampf zur Organisierung der Unorganisierten. Gleicher Lohn darf nicht bedeuten, dass man die Kündigung der Leiharbeiter durch die Bosse stillschweigend in Kauf nimmt. Vielmehr müssen Leiharbeiter Seite an Seite mit den Festangestellten im Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit und für die volle Übernahme der Leiharbeiter mobilisiert werden. Dieser Kampf muss verbunden werden mit einem Kampf für volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben. Nur so kann der Kampf für gleiche Arbeitsbedingungen auch auf diejenigen ausgeweitet werden, die aufgrund der rassistischen Ausländergesetze in die Illegalität getrieben worden sind. Wir müssen eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung aufbauen.

Um der Diskriminierung von Frauen und Immigranten auf dem Arbeitsmarkt zu begegnen, ist es nötig, einen Kampf für die gewerkschaftliche Kontrolle der Einstellungen zu führen nach dem Prinzip: Wer zuerst kommt, erhält den Job und kann nicht aufgrund seines Geschlechts oder seines „falschen“ Namens abgewiesen werden. Notwendig sind gleichzeitig besondere Förderprogramme, um die häufig schlechtere bzw. nicht vorhandene Berufsausbildung bei Frauen und Immigranten auszugleichen. Notwendig ist ein Kampf für die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Immigranten. Wir sind entschiedene Gegner von chauvinistischer Zwangsassimilierung und kämpfen für revolutionären Integrationismus. So muss man Deutsch als ausschließliche Amtssprache ebenso ablehnen wie Forderungen nach Deutschzwang an Schulen usw., aber es ist klar, dass das Erlernen der deutschen Sprache eine Voraussetzung dafür ist, einen Job zu bekommen, und ohne das ist Integration unmöglich. Notwendig ist ein ausreichendes Angebot kostenloser Sprachkurse. Wir brauchen ausreichend kostenlose Kindergärten, die rund um die Uhr geöffnet sind, so dass Frauen arbeiten gehen können. Doch dem 2008 verkündeten Programm, bis 2013 einen Kitaplatz für 35 Prozent aller Kinder unter drei Jahren zur Verfügung zu stellen (was an sich viel zu wenig ist), sind bisher kaum Taten gefolgt. Außerdem kosten die Kitaplätze Geld, das arme Eltern oft nicht haben. Der besonders im Westen schreiende Mangel an Kindergärten stößt viele alleinstehende Frauen in Hartz IV hinab oder hält die verheirateten in ökonomischer Abhängigkeit vom Ehemann. In Kitas wie in Schulen muss es, wo nötig, zweisprachigen Unterricht geben, so dass die Kinder von Immigranten von Beginn an die Sprache lernen und den Unterricht voll verfolgen können.

Man muss mit der „Standort“-Ideologie der Gewerkschaftsführung brechen und in internationalistischer Solidarität mit den Arbeiterklassen der anderen Länder unnachgiebig für die Interessen der Arbeiter, Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfänger hier kämpfen. Im *Übergangsprogramm* der Vierten Internationale von 1938 entwickelte Leo Trotzki ein System von Übergangsforderungen, das den Kampf um die Tagesforderungen der Arbeiter, die mit den immer enger werdenden Grenzen des faulenden Kapitalismus zusammenstoßen, mit dem dringend notwendigen Kampf für die sozialistische Revolution verbindet. Er schreibt:

„Die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen müssen Arbeitende und Arbeitslose in gegenseitiger Bürgerschaft und Solidarität vereinen. Die verfügbare Arbeit wird dann unter allen vorhandenen Arbeitskräften aufgeteilt, und damit wird die Dauer der Arbeitswoche bestimmt. Jeder Arbeiter erhält denselben Durchschnittsverdienst wie bei der bisherigen Arbeitswoche. Der Lohn, mit einem fest garantierten *Minimum*, folgt der Bewegung der Preise. Ein anderes Programm ist bei den heutigen katastrophalen Zeiten nicht annehmbar... Kann der Kapitalismus die Ansprüche nicht befriedigen, die sich unvermeidlich aus den von ihm erzeugten Übeln ergeben, dann mag er zugrunde gehen. Ob jene Forderungen ‚realistisch‘ oder ‚unrealistisch‘ sind, ist hierbei eine Frage des Kräfteverhältnisses und kann nur durch den Kampf entschieden werden. Durch diesen Kampf, welche unmittelbaren praktischen Erfolge er auch erzielen mag, werden sich die Arbeiter am besten von der Notwendigkeit überzeugen, die kapitalistische Sklaverei zu beseitigen.“

Wir kämpfen darum, die politisch fortgeschrittensten Arbeiter und Jugendlichen von den Illusionen in die SPD und vor allem die Linkspartei zu brechen und für den Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei zu gewinnen, die dem Kampf für neue Oktoberrevolutionen verpflichtet ist.■

Indien...

Fortsetzung von Seite 28

Ihre Unterstützerbasis haben die Maoisten bei den ungefähr 80 Millionen Adivasi (Stammesangehörigen), der ärmsten und am meisten ausgeplünderten Bevölkerungsgruppe ganz Indiens. Stammesdörfer in den Wäldern und im Dschungel haben kaum Schulen oder Krankenhäuser oder Zugang zu modernen sanitären Einrichtungen. Die Alphabetisierungsrate beträgt weniger als 25 Prozent und bei Frauen nur 14 Prozent, und es grassiert Unterernährung. Die CPI (Maoist) hat in der Vergangenheit die Adivasi-Bevölkerung gegen raubgierige Gutsbesitzer und brutale Polizeiübergriffe verteidigt. Am 6. April lauerte sie erfolgreich einer schwerbewaffneten Patrouille auf und tötete 76 paramilitärische Bullen.

Vor fünf Jahren stellte die Staatsregierung von Chhattisgarh eine Art von Bürgerwehr namens Salwa Judum („Friedensjagd“) zur gewaltsamen Entvölkerung hunderter von Stammesdörfern auf und gab dafür die wirtschaftliche Entwicklung als Grund an. Salwa-Judum-Banden, die von den Industriekonzernen Tata und Essar bezahlt werden, die sich große Teile des Landes und der Ressourcen in diesem Gebiet unter den Nagel zu reißen versuchen, brannten Häuser nieder und sperrten Zehntausende in schmutzige Internierungslager ein. Solche Aktionen schürten nur noch tieferen Widerwillen gegenüber den Machthabern und stärkten die Unterstützung für die Maoisten. Jetzt weiten die indischen Herrscher ihre Angriffe zu einem richtigen Krieg aus. Ihr Ziel ist es, die Stammesbezirke wieder unter zentrale Kontrolle zu bekommen, was die gewaltsame Beschlagnahmung von Land und die Übereignung riesiger Reichtümer an Bodenschätzen an indische und internationale Konzerne ermöglichen würde.

In diesem Gebiet gibt es riesige nicht erschlossene Rohstoffquellen, darunter reiche Eisenerz-, Kohle- und Kalksteinvorräte wie auch Bauxitvorkommen im Wert von schätzungsweise 4 Billionen Dollar – mehr als das Dreifache des jährlichen Bruttoinlandsprodukts ganz Indiens. Wie die bekannte indische Schriftstellerin Arundhati Roy in einem scharfsinnigen Artikel von *Outlook India* (9. November 2009) bemerkte:

„Im Augenblick besteht die Guerillaarmee der Maoisten in Zentralindien fast vollständig aus bitter armen Stammeseinwohnern, die unter Bedingungen derart chronischen Hungers leben, dass es an eine Hungersnot grenzt, wie wir sie nur mit Schwarzafrika in Verbindung bringen...“

Wenn die Stammesangehörigen zu den Waffen gegriffen haben, dann deshalb, weil eine Regierung, von der sie nichts als Gewalt und Vernachlässigung erfahren haben, ihnen jetzt auch noch das Letzte, was sie haben, entreißen will – ihr Land. Offensichtlich glauben sie der Regierung nicht, wenn die sagt, sie wolle nur ihren Landesteil ‚entwickeln‘. Offensichtlich glauben sie nicht, dass die Straßen, breit und eben wie Flugzeugrollbahnen, die von der National Mineral Development Corporation durch ihre Wälder in Dantewada gebaut werden, dafür da sind, dass ihre Kinder auf ihnen zur Schule gehen können. Sie glauben, dass sie, wenn sie nicht für ihr Land kämpfen, ausgelöscht werden.“

Bald nach ihrer Wiederwahl im Mai 2009 verbot die UPA-Regierung die CPI (Maoist) unter Berufung auf drakonische „Anti-Terroristen“-Gesetze. Andere wurden verfolgt, nur weil sie ihre Stimme gegen staatliche Repression erhoben hatten. Gegen Arundhati Roy selbst wurde im Zusammenhang mit einer Anklage nach dem Special Public Security Act ermittelt, nachdem sie in einem weiteren Artikel von *Outlook India* über ihren Besuch eines von Maoisten

kontrollierten Gebiets berichtet hatte. Mittlerweile werden linksgerichtete Aktivisten bei außergerichtlichen „encounter killings“ [Tötungen im Gefecht] von der Polizei erschossen. Protestiert gegen die staatliche Hexenjagd! Nieder mit der Operation Grüne Jagd!

Permanente Revolution kontra stalinistische Klassenzusammenarbeit

Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) verurteilt den Krieg der indischen Regierung gegen die CPI (Maoist) und die Adivasi-Dorfbewohner, der auf Geheiß der korrupten indischen Bourgeoisie und der internationalen Bergbaumagnaten geführt wird. Die Arbeiterklasse in Indien und international muss sich für die Verteidigung der Maoisten und Stammesvölker gegen die blutige staatliche Offensive einsetzen.

Doch die politische Strategie der CPI (Maoist) weist den unterdrückten Massen Indiens keinen Weg nach vorn. Wie all die vielen Varianten des indischen Stalinismus streben auch die Maoisten in der „ersten Etappe“ einer „Zwei-Etappen“-Revolution ein Bündnis mit einem imaginären „fortschrittlichen“ Flügel der Kapitalistenklasse an. Parteigeneralsekretär Ganapathy machte das in einem Interview deutlich:

„Wir haben ein klares Verständnis von der Vereinigung aller revolutionären, demokratischen, fortschrittlichen, patriotischen Kräfte und aller unterdrückten sozialen Gemeinschaften, einschließlich unterdrückter Nationalitäten, gegen Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kompradorenkapitalismus. Unsere Neue Demokratische Einheitsfront (UF) besteht aus vier demokratischen Klassen, d. h. aus Arbeitern, Bauern, städtischer Kleinbourgeoisie und nationaler Bourgeoisie.“ (*Sanhati*, Januar 2010)

Die Strategie eines Bündnisses mit einem Flügel der bürgerlichen Ausbeuter – ob man ihn nun „national“, „patriotisch“ oder „fortschrittlich“ nennt – hat den Arbeitern und Unterdrückten in Indien und überall auf der Welt eine Niederlage nach der anderen beschert. *Alle* Flügel der indischen Kapitalistenklasse sind durch Tausende von Fäden mit den imperialistischen Mächten Europas, Nordamerikas und Japans verbunden; *keiner* ist für die Arbeiterklasse und die Unterdrückten in irgendeiner Hinsicht ein potenzieller Bündnispartner. In *Staat und Revolution* und in vielen anderen Schriften ließ W. I. Lenin, Führer der bolschewistischen Oktoberrevolution von 1917, kein gutes Haar an der Auffassung, die Klasseninteressen von Bourgeoisie und Proletariat wären doch irgendwie miteinander vereinbar.

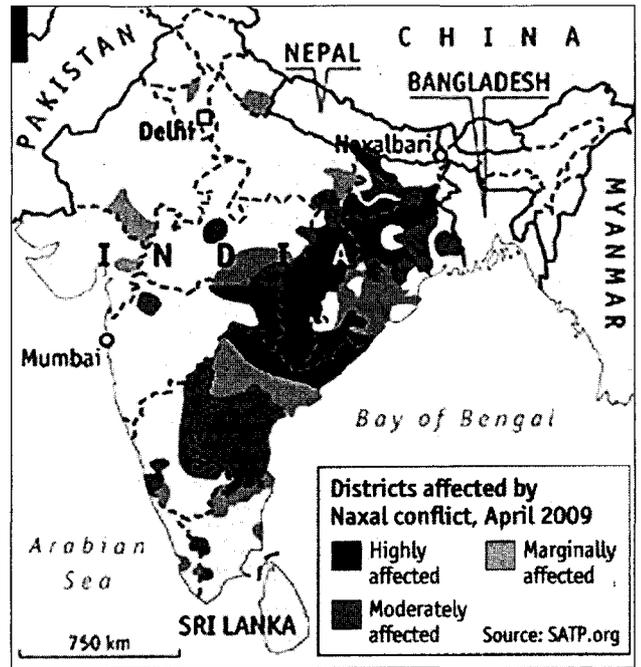
Dank des unnachgiebigen Kampfes der Bolschewiki für Klassenunabhängigkeit von den Kapitalisten waren die russischen Arbeiter 1917 imstande die Macht zu ergreifen. Das Ergebnis war ein Arbeiterstaat, eine revolutionäre Diktatur des Proletariats unterstützt von der Bauernschaft. Entscheidend für die Festigung des Bündnisses der Arbeiter mit den Bauern war die Unterstützung der Bolschewiki für die Besetzung der Ländereien durch die Bauern und für die Aufteilung des Landes an diejenigen, die es bearbeiten. Die Bolschewiki gewannen auch breite Unterstützung unter der Bauernschaft durch ihre revolutionäre Opposition zum ersten interimperialistischen Krieg, in dem Millionen einfacher proletarischer und bäuerlicher Soldaten getötet wurden.

Die Perspektive der permanenten Revolution, erstmals von Leo Trotzki während der Russischen Revolution von 1905 entwickelt und durch die proletarische Machtergreifung vom Oktober 1917 bestätigt, skizziert den indischen Massen den Weg zur Befreiung ganz klar. Typisch für das zaristische Russland wie für das heutige Indien ist eine ungleiche und kombinierte Entwicklung, mit starken Gegensätzen zwischen Arm und Reich sowie moderner Industrie gleich neben unbeschreiblichem Elend. Unzählige Formen besonderer Unter-



Jeremy Veverka

Maoistische naxalitische Guerillas (oben) sind in einem Drittel von Indiens Verwaltungsbezirken aktiv. Karte rechts zeigt Indiens „roten Korridor“ in den östlichen und zentralen Regionen des Landes



Karte nach Economist

drückung – basierend auf Geschlecht, Kaste, Nationalität, Religion – gehören zu den Überbleibseln einer vorindustriellen Vergangenheit, die durch nahezu zwei Jahrhunderte brutaler britischer Kolonialherrschaft verfestigt und vertieft wurden. Dies gipfelte in der britischen Teilung des indischen Subkontinents in Indien und Pakistan, die kommunalistische Massaker und Zwangsumsiedlungen von Millionen Muslimen, Sikhs und Hindus auslöste. Seit der Unabhängigkeit, und vor allem unter der Herrschaft der nominell säkularen Kongresspartei, hat die indische Bourgeoisie weiterhin jegliche Art von mörderischer Spaltung geschürt.

Nationale und soziale Befreiung für die Massen kann nicht durch die kapitalistischen Ausbeuter Indiens oder im Bündnis mit ihnen erreicht werden. Es ist notwendig, die kapitalistische Klassenherrschaft zu zerschlagen und eine Arbeiter- und Bauernregierung zu errichten. Das indische Proletariat ist die einzige soziale Kraft, die einen solchen Kampf anführen kann. Die Arbeiterklasse besitzt dank ihrer zentralen Rolle in der Produktion – wo ihre kollektiv organisierte Arbeitskraft in den Fabriken, den Bergwerken, im Transportwesen und in anderen Industriezweigen von den Kapitalisten für den Profit ausgebeutet wird – eine ungeheure potenzielle Macht.

Das entscheidende Instrument für den Sieg ist eine internationalistische leninistische Avantgardepartei der Arbeiterklasse. Die CPI (Maoist) lehnt die zentrale Rolle der Arbeiterklasse ab und stützt sich stattdessen auf die Bauernschaft auf dem Lande. Doch die vielschichtigen und in kleinen Dörfern über ganz Indien verstreuten Bauernmassen sind zu einer einheitlichen unabhängigen gesellschaftlichen Strategie nicht in der Lage. Es gibt nur zwei maßgebliche Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft: die Bourgeoisie und das Proletariat. Die Bauern gehören zu einer heterogenen Zwischenschicht, der Kleinbourgeoisie. Ihre unmittelbar empfundenen Interessen sind vor allem Eigentumsinteressen, für die Verteidigung oder den Erwerb von Land. So sind Bauernparteien im Grunde pro-bürgerlich oder bürgerlich, auch wenn Teile mancher solcher Parteien für die Seite des revolutionären Proletariats gewonnen werden können.

Vor allem in Ländern wie Indien, wo die Arbeiterklasse zahlenmäßig kleiner ist als die Bauernschaft, ist die Frage der Agrarrevolution eine Schlüsselkomponente des Programms für eine proletarische Staatsmacht. Die Arbeiterklasse muss die Unterstützung der Massen von armen und/oder landlosen Bauern gewinnen, auch durch Forderungen

nach Enteignung der Gutsbesitzer und Land für die Bauern, und gleichzeitig versuchen die mittleren und oberen Schichten der Bauernschaft so gut wie möglich zu neutralisieren.

Freiheit vom imperialistischen Joch, die Beseitigung aller Formen von Unterdrückung, wirtschaftliche Entwicklung im Interesse der großen Mehrheit: Diese dringenden Aufgaben erfordern eine proletarische Revolution und ihre Ausweitung auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder Nordamerikas, Westeuropas und Japans. Eine sozialistische Revolution in Indien würde überall in Südasien und auf der ganzen Welt Wiederhall finden und dabei im Proletariat der imperialistischen Zentren sowie des bürokratisch deformierten Arbeiterstaates China mächtige Verbündete finden. Eine entscheidende Aufgabe eines indischen Arbeiterstaates, der von der Bauernschaft unterstützt wird, wäre es, die materielle Grundlage für die Beseitigung von Armut und Hunger zu schaffen, auch durch die Kollektivierung und Modernisierung der Landwirtschaft. Der Erfolg dieser Anstrengung hängt davon ab, welche Ressourcen durch sozialistische Revolutionen in den imperialistischen Kernländern zur Verfügung gestellt werden können.

Eine revolutionäre Arbeiterpartei in Indien würde sich für die Sache aller Geknechteten einsetzen, einschließlich der ländlichen und städtischen Armen, der unterdrückten Kasten und der Stammesvölker. Sie würde unnachgiebig für die Befreiung von Indiens schrecklich unterdrückten Frauen kämpfen und verfolgte nationale und religiöse Minderheiten, insbesondere die Muslime, die eine Zielscheibe von Hindu-Chauvinismus sind, verteidigen. Eine solche Partei kann nur im politischen Kampf gegen die Programme der Klassenzusammenarbeit der verschiedenen stalinistischen Organisationen geschmiedet werden. Die politische Perspektive der kleinbürgerlichen CPI (Maoist) – eine Art von „Reformismus mit Gewehren“ – bietet keine Alternative zum unverhohlenen parlamentarischen Reformismus der alteingesessenen stalinistischen Massenparteien, der Kommunistischen Partei Indiens (CPI) und der Kommunistischen Partei Indiens (Marxisten) – CPI (Marxist).

Der indische Stalinismus und seine Geschichte des Verrats

Die CPI (Maoist) ist die größte von Indiens verbliebenen naxalitischen Organisationen, die nach dem Bezirk Naxalbari von Westbengalen benannt sind, der 1967 Schauplatz eines größeren Bauernaufstandes war. Die naxalitische

Bewegung, die überwiegend durch Spaltungen von der CPI (Marxist) entstand – welche selbst ein paar Jahre zuvor aus der Einheits-CPI hervorgegangen war – zog Tausende gebildeter städtischer junger Menschen an, die sich durch die „revolutionäre“ Rhetorik von Maos China während der späten 1960er-Jahre in die Irre führen ließen. Diese jungen Leute lehnten den krassen Parlamentarismus der CPI und der CPI (Marxist) ab, gaben dabei die Städte zugunsten des Landes auf und vertraten die Perspektive eines auf die Bauernschaft gestützten „Volkskriegs“.

Die ersten Bauernaufstände waren bis Anfang der 1970er-Jahre größtenteils niedergeschlagen worden, und China distanzierte sich später von den Naxaliten. Die indischen Maoisten zerfielen bald in Dutzende rivalisierende Gruppen, von denen einige schließlich ihre Aktivitäten auf städtische Slum-Distrikte statt auf das Land konzentrierten. Heute sind die maoistischen Gruppen der Städte in erheblichem Durcheinander und Niedergang. Die größten verbliebenen Gruppen auf dem Lande vereinigten sich 2004 zur CPI (Maoist) und schufen so die Voraussetzung für die gegenwärtige erweiterte Aufstandsbewegung.

Der indische Stalinismus hat eine lange schmutzige Vergangenheit der Klassenzusammenarbeit. Schon 1926 unter der Anleitung des indischen pseudomarxistischen Abenteurers M.N. Roy (damals ein enger Verbündeter von Stalin und Nikolai Bucharin in der Führung der Kommunistischen Internationale) begann die CPI in Bengalen eine klassenübergreifende „Bauern- und Arbeiterpartei“ aufzubauen. Diese Partei wiederum fungierte als Pressure-Group gegenüber dem bürgerlichen Indischen Nationalkongress von Mahatma Gandhi und Jawaharlal Nehru. Roy drängte die CPI sogar, noch weiter zu gehen und „eine loyale nationalistische Partei mit einem radikalrepublikanischen Programm (Volkspartei)“ ins Leben zu rufen (zitiert in *History of the Communist Movement in India* [Geschichte der kommunistischen Bewegung in Indien], Volume 1, Communist Party of India [Marxist], 2005).

Seit Mitte der 1930er-Jahre gab die CPI immer wieder dem bürgerlich-nationalistischen Kongress politische Unterstützung. Eine Zeit lang während des Zweiten Weltkriegs gab sie sogar den Kampf für Indiens Unabhängigkeit auf zugunsten eines Bündnisses mit den „demokratischen“ Unterdrückern, den britischen Imperialisten. (Mehr Details dazu in „The ‚Quit India‘ Movement 50 Years On – Stalinist Alliance with Churchill Betrayed Indian Revolution“ [Die ‚Quit-India‘-Bewegung 50 Jahre danach – stalinistisches Bündnis mit Churchill war Verrat an indischer Revolution], *Workers Hammer* Nr. 131 und 132, September/Oktober und November/Dezember 1992.)

Heute agieren CPI und CPI (Marxist) als unverhohlene Unterstützer des indischen Kapitalismus. Seit 1977 leiten diese Stalinisten die Staatsregierung in Westbengalen und setzen deren Repressionsgewalt zur Verteidigung von Privateigentum und Profit gegen die Armen und Unterdrückten ein. In den letzten Jahren hat das von der CPI (Marxist) angeführte „Linksfront“-Regime wiederholt auf Geheiß indischer und internationaler kapitalistischer Unternehmen Land von den Bauern beschlagnahmt und damit weit verbreiteten Widerstand in der Bevölkerung hervorgerufen.

Im Dezember 2006 enteignete die westbengalische Regierung Land im Bezirk Singur zugunsten von Tata Motors, einem von Indiens größten kapitalistischen Konzernen. Wer Widerstand leistete, wurde übel zusammengeschlagen und verhaftet, wobei eine junge Aktivistin brutal vergewaltigt und ermordet wurde. Im März darauf überfielen Tausende von Polizisten und bewaffneten Kadern der CPI (Marxist) Bauern, die gegen eine Zwangsenteignung in Nandigram Widerstand leisteten. Mindestens 14 wurden getötet und über 200 verletzt (siehe: „India: The Nandigram Massacre“

[Indien: Das Massaker von Nandigram], *Spartacist Canada* Nr. 159, Winter 2008/2009).

In jüngerer Zeit hat das westbengalische Regime die Polizei mobil gemacht, um Adivasi-Dorfbewohner anzugreifen, die gegen die in Lalargh im Interesse des Konzerns Jindal Steel & Power durchgeführten Enteignungen protestierten. Und heute unterstützen CPI und CPI (Marxist) die blutige Offensive der UPA-Zentralregierung gegen die Maoisten. Dies ist die politische Logik des Programms der „Revolution in Etappen“: Die Massen werden vom Kapitalismus weiterhin brutal unterdrückt, und die zweite, angeblich sozialistische Etappe kommt nie.

Von Anfang an haben die naxalitischen Kräfte eine Spielart der gleichen stalinistischen Politik der Klassenzusammenarbeit vertreten. In seinem Aufruf zu einer „Demokratischen Volksrevolution“ schrieb ihr Gründer und Führer Charu Mazumdar 1970, dass „die Mehrheit der Geschäftswelt mit uns gehen wird. Sie stellt einen Großteil der nationalen Bourgeoisie“ (zitiert in Sumanta Banerjee, *India's Simmering Revolution: The Naxalite Uprising* [Indiens schwelende Revolution: der Naxalitenaufstand], 1980).

Die Naxaliten reden zwar von „Arbeiter-Bauern-Einheit“, doch mit ihrem Rückzug aufs Land wandten sie sich von der Arbeiterklasse ab und verwandelten sich sowohl von ihrer Zusammensetzung als auch von ihrer politischen Perspektive her in eine kleinbürgerliche auf die Bauern gestützte Bewegung. Ihr Vorbild ist der „Volkskrieg“, den Maos Kommunistische Partei Chinas in den 30er- und 40er-Jahren geführt hat. Maos Rückzug aus den Städten aufs Land erfolgte nach der Niederlage der Chinesischen Revolution von 1925–27, bei der Stalin und seine Gefolgsleute – darunter an vorderer Stelle M.N. Roy – die chinesischen Kommunisten angewiesen hatten, die Arbeiter der bürgerlich-nationalistischen Guomindang unterzuordnen. Das Ergebnis war ein Blutbad an Zehntausenden kommunistisch geführter Arbeiter in Shanghai und anderen Städten gewesen.

In einer Streitschrift gegen die auf die Bauernschaft ausgerichtete Perspektive der chinesischen Stalinisten in den 1930er-Jahren schrieb Leo Trotzki zur Bekräftigung der unabhängigen Klassenmobilisierung des städtischen Proletariats:

„Die Bauernbewegung ist ein mächtiger revolutionärer Faktor, sofern sie sich gegen die Großgrundbesitzer, die Militärmachthaber, die Feudalherren und Wucherer richtet. Aber in der Bauernbewegung selbst gibt es sehr starke eigentumfixierte und reaktionäre Tendenzen, die sich in einem gewissen Stadium feindlich – sogar mit Waffengewalt – gegen die Arbeiter richten können. Wer die Doppelnatur der Bauernschaft vergisst, ist kein Marxist. Man muss die fortschrittlichen Arbeiter lehren, hinter den ‚kommunistischen‘ Aushängeschildern und Bannern die wirklichen gesellschaftlichen Prozesse zu erkennen.“ („Der Bauernkrieg in China und das Proletariat“, 22. September 1932)

Nur unter den höchst außergewöhnlichen Bedingungen der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg konnte Maos bäuerliche Volksbefreiungsarmee die Städte erobern und 1949 die kapitalistische Klassenherrschaft zerschlagen. Dazu gehörten der militärische Zusammenbruch der korrupten Guomindang, das Nichteingreifen der Arbeiterklasse in den unmittelbaren Kampf um die Macht und, was entscheidend war, die Existenz der Sowjetunion, eines bürokratisch degenerierten Arbeiterstaates, als wirtschaftliche und militärische Hilfsquelle. Von Anfang an war das maoistische China keine „Neue Demokratie“ auf der Grundlage eines „Blocks der vier Klassen“ – ein Standardspruch bei den Stalinisten –, sondern eine Form der Diktatur des Proletariats. Doch der chinesische Arbeiterstaat war von Anfang an bürokratisch deformiert, regiert von einer nationalistischen

Bürokratie, die den unabhängigen Kämpfen der Arbeiterklasse und der unerlässlichen Perspektive einer internationalen sozialistischen Revolution feindlich gegenübersteht. Dies zeigte sich deutlich in Chinas konterrevolutionärer Allianz mit dem US-Imperialismus gegen die Sowjetunion in den 70er- und 80er-Jahren.

Trotz der bürokratischen Herrschaft von Mao und seinen Nachfolgern war die Chinesische Revolution ein Leuchtfeuer für Millionen unterdrückte Werktätige in Asien. Chinas kollektivierte Wirtschaft hat den Arbeitern, Bauern und Frauen ungeheuere Vorteile gebracht, nicht zuletzt ein Ende der jahrhundertelangen chronischen Hungersnot auf dem Lande. Das steht in krassem Gegensatz zu den Entwicklungen im kapitalistischen Indien. Heute sieht der US-Imperialismus in Indien einen strategischen Verbündeten bei seinem Kreuzzug, die Errungenschaften der Chinesischen Revolution umzustürzen. Die IKL tritt für die bedingungslose militärische Verteidigung Chinas gegen Imperialismus und Konterrevolution ein. Gleichzeitig rufen wir zu einer proletarisch-politischen Revolution auf, um die nationalistische stalinistische herrschende Kaste in Beijing zu entmachten und ein auf Arbeiterdemokratie und revolutionärem Internationalismus basierendes Regime zu errichten.

Das revolutionäre Potenzial der indischen Arbeiterklasse

Wie wir in „Grundsatzklärung und einige Elemente des Programms“ der IKL von 1998 schrieben:

„Der unvollständige Charakter der antikapitalistischen Revolutionen in der kolonialen Welt bringt uns dazu, die marxistisch-leninistische Auffassung, dass das Proletariat als einzige soziale Kraft in der Lage ist, die sozialistische Revolution durchzuführen, erneut zu bekräftigen. Die IKL lehnt grundsätzlich die maoistische, im Menschewismus und stalinistischen Reformismus wurzelnde Doktrin ab, die die Avantgarderolle der Arbeiterklasse zurückweist und diese ersetzt durch einen auf der Bauernschaft basierenden Guerillakrieg, um zum Sozialismus zu gelangen.“ (Spartacist, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998)

Die Naxalitenbewegung führte eine Generation junger indischer Linker in die Irre, die sich zugunsten des Hirngespinnstes einer ländlichen Guerillastrategie von den Kämpfen der städtischen Arbeiterklasse abwandten. Angesichts des erheblichen Anwachsens des indischen Proletariats ist heute der Bankrott dieser Perspektive sogar noch deutlicher.

Zwar leben mehr als zwei Drittel der Bevölkerung immer noch in ländlichen Gegenden, und etwas mehr als die Hälfte der Arbeitskräfte ist in der Landwirtschaft tätig, doch sowohl die städtische Bevölkerung als auch die Produktionsleistung sind in den letzten Jahrzehnten rapide gewachsen. Etwa 14 Prozent aller Arbeitskräfte schufteten in Industriebetrieben, von der Textilbranche, der chemischen Industrie und der Nahrungsmittelverarbeitung bis hin zur Produktion von Stahl, Verkehrsmitteln, Maschinen und anderem. Im ganzen Land gibt es Tausende von großen Fabriken und wichtigen Industriekomplexen.

Trotz der verräterischen Führung von CPI und CPI (Marxist) sowie des Einflusses der bürgerlichen Kongresspartei und verschiedener Regional- und Kastenparteien hat die indische Arbeiterklasse wiederholt ihre soziale Macht bewiesen. Ein Artikel mit der Überschrift „Deadly Labor Wars Hinder India's Rise“ [Tödliche Arbeitskriege behindern Indiens Aufstieg] im *Wall Street Journal* (24. November 2009) beschrieb, wie die jüngsten Streiks und Betriebsbesetzungen „durch die Unzufriedenheit der Arbeiter entfacht wurden, von denen viele sagen, sie hätten am Wohlstand des letzten Jahrzehnts nicht teilgehabt“. Allein im vergangenen Jahr gab es größere Streiks in Unternehmen wie dem einheimischen Autobauer Mahindra & Mahindra bis hin zu Fabriken

im Besitz von Nokia aus Finnland, Hyundai aus Südkorea und dem Lebensmittelkonzern Nestlé.

Im September 2009 kam es zu einem sechswöchigen Streik von mehr als 2000 Arbeitern bei einem in indischem Besitz befindlichen Autozulieferer im Industriegürtel von Gurgaon-Manesar in der Nähe von Delhi, so dass der US-Autogigant Ford ohne Getriebeteile dastand und daraufhin Fabriken in Kanada und den USA die Produktion einstellen mussten. Über 100000 Arbeiter in mehr als 70 Fabriken im Gebiet von Gurgaon-Manesar nahmen an einem eintägigen



Oktober 2009: Autoarbeiter protestieren in Gurgaon, nachdem Arbeiter von Streikbrechern getötet wurde

Ausstand teil, um gegen die Ermordung eines Streikenden durch Firmenschläger zu protestieren. Die unmittelbare Auswirkung des Streiks auf Fords nordamerikanische Betriebe unterstreicht die Notwendigkeit aktiver Solidarität von US- und kanadischen Arbeitern mit ihren Klassenbrüdern und -schwestern in Indien.

In den ersten Monaten dieses Jahres streikten Hunderttausende Telekommunikationsarbeiter und Kohlebergleute gegen Privatisierung und Arbeitsplatzabbau, und am 27. April führten Gewerkschaften einen eintägigen landesweiten Generalstreik gegen galoppierende Preiserhöhungen bei Gütern des täglichen Bedarfs durch. Ein noch größerer Generalstreik am 5. Juni wurde von einem stillschweigenden Bündnis aus stalinistischen Linksfront-Parteien und der hindu-chauvinistischen Bharatiya Janata Party (BJP) als Protest gegen die steigenden Treibstoffpreise organisiert.

Bestenfalls beschränken die Maoisten die aufsässige städtische Arbeiterklasse auf die Rolle eines passiven Zuschauers bei ihrem ländlichen „Volkskrieg“ und lassen die Arbeiter in den Klauen der offen prokapitalistischen Linksfront-Parteien und von bürgerlichen Kräften wie Kongress und BJP. Indessen hat die CPI (Maoist) die naxalitische Politik der „Liquidierung von Klassenfeinden“ – Hinrichtungen einzelner Gutsbesitzer und Staatsbevollmächtigter – ausgeweitet auf die Entführung und Tötung von Kadern rivalisierender stalinistischer Parteien, auch von Gewerkschaftsführern, die sie als „Sozialfaschisten“ bezeichnen. Eine derartige mörderische Gewalt gegen andere Parteien der Linken und der Arbeiterklasse, so typisch für den Stalinismus, ist abscheulich und muss verurteilt werden.

Die Maoisten streben auch regelmäßig nach Bündnissen mit der einen oder anderen offen kapitalistischen Partei. Während der Proteste gegen die Gräueltaten von Singur und Nandigram bildeten sie eine kaum verheimlichte Allianz mit dem rechtsgerichteten Trinamool-Kongress (Graswurzel-Kongress) von Mamata Banerjee, dem parlamenta-

rischen Haupttrivalen der Linksfrent in Westbengalen. Nach ihrem Eintritt in die UPA-Regierung in Neu-Delhi haben Banerjee & Co. inzwischen die bewaffnete Offensive gegen die Maoisten unterstützt.

Plebejische Massenrevolte in Nepal

Die Logik maoistischer Klassenzusammenarbeit zeigte sich klar und deutlich im nördlich angrenzenden Himalajaland Nepal. In den letzten zwei Jahrzehnten wurde Nepal durch eine tiefgreifende Revolte grundlegend erschüttert, die von der unterdrückten Bauernschaft ausging und ebenfalls von maoistischen Kräften geführt wurde. Einen wichtigen Anstoß zu diesem Kampf gab der Widerstand gegen die Monarchie. 2006 schließlich kontrollierten maoistische Kräfte, zu denen bemerkenswerterweise viele Frauen gehörten, 80 Prozent der ländlichen Gebiete, wo sie bedeutende Sozialreformen durchführten, darunter die rechtliche Gleichstellung der Frauen, Schläge gegen das Kastensystem, die Errichtung von Schulen und der Bau von Straßen. Nach einer Periode von Massendemonstrationen, einschließlich eines längeren Generalstreiks 2006, konnten sie sich in der Hauptstadt Katmandu festsetzen.

Die Maoisten traten dann in eine bürgerliche Koalitionsregierung ein und gingen 2008 bei Parlamentswahlen, die zum Ende der Monarchie führten, als die größte Partei hervor. Nachdem die Vereinigte Kommunistische Partei Nepals (Maoisten) – UCPN (Maoist) – ein Jahr später die Regierung wegen Uneinigkeit über die Entlassung des Armeechefs verlassen hatte, startete sie in diesem Mai einen „unbefristeten Generalstreik“ für eine neue „Regierung der nationalen Einheit“. Der Streik wurde bald abgebrochen, und die Maoisten unterzeichneten ein Abkommen, mit Verhandlungen über eine neue Regierung fortzufahren, während eine rivalisierende Gruppe stalinistischen Ursprungs, die Vereinigten Marxisten-Leninisten, im Übergangregime verblieben. Der Aktionsradius der maoistischen Guerillas ist auf Lager beschränkt, die nominell unter Kontrolle der Vereinten Nationen stehen, und ihre Führer bemühen sich um ihre Integration in die bürgerlichen Streitkräfte.

Die jetzt als UCPN (Maoist) bekannte Organisation hatte schon immer enge Beziehungen zu Indiens Naxaliten und vertritt ein ähnliches Dogma von der „Revolution in Etappen“. In ihrem „Common Minimum Policy and Programme“ [Gemeinsame politische Mindestforderungen und Minimalprogramm] von 2001 forderte sie eine „Demokratische Volksdiktatur unter Beteiligung aller fortschrittlichen Klassen einschließlich der nationalen Bourgeoisie“. Als die Maoisten 2008/09 an der Regierung waren, verteidigten sie ausdrücklich den Kapitalismus und unterstützten Gesetze zum Verbot von Streiks. So wurde in *Himalayan Times* online (10. April 2009) berichtet: „Die Regierung plant die Einschränkung von bandhs (Straßenprotesten) und Streiks in der Industrie und bei lebenswichtigen Gütern“, und der maoistische Finanzminister Baburam Bhattarai wurde zitiert: „Wir befinden uns in einer neuen politischen Konstellation, und das erfordert auch eine neue Perspektive in Handel und Industrie.“

Im Unterschied zu Indien hat Nepal nur sehr wenig Industrie proletariat. Drei Viertel der Arbeitskräfte sind in der Landwirtschaft beschäftigt, und 90 Prozent der städtischen Arbeitskräfte arbeiten im „informellen“ Sektor, vor allem in kleinen Familienwerkstätten. Zwar können die von verschiedenen Parteien organisierten Gewerkschaften Hunderttausende von Mitgliedern vorweisen, doch bei den gegebenen industriellen Aktivitäten handelt es sich hauptsächlich um die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte wie Hülsenfrüchte (z. B. Linsen), Jute, Rohrzucker, Tabak und Getreide. Die größtenteils auf primitiver Handwerkstechnologie basierende Bekleidungsindustrie beschäftigte einst 300 000 Arbeiter, ist aber jetzt fast vollständig zusammenge-

brochen. Ungefähr drei Millionen Nepalesen – mehr als 10 Prozent der Bevölkerung – sind ins Ausland gezogen, um Arbeit zu finden, und von ihnen gibt es wichtige Konzentrationen in Indien und anderen Ländern Asiens.

Die unterdrückten Massen Nepals brauchen eine *marxistisch-internationalistische* Perspektive, die den Kampf für gesellschaftliche Modernisierung und Befreiung mit den Klassenkämpfen des Proletariats in fortgeschritteneren Ländern jenseits der Landesgrenzen verbindet. Eine Arbeiterrevolution im benachbarten Indien hätte unmittelbar massive Auswirkungen auf Nepal und würde den Kampf für eine sozialistische Föderation des Subkontinents auf die Tagesordnung stellen. Umgekehrt würde ein riesiger plebejischer Aufstand in Nepal, der die kleine Arbeiterklasse dort mitreißt, zum Ausbruch eines proletarischen Aufstandes in Indien beitragen.

Die kleinbürgerliche UCPN (Maoist) lehnt eine solche Perspektive scharf ab und propagiert rückschrittlichen nepalesischen Nationalismus, auch gegen sogenannte „kulturelle Verunreinigung“ aus Indien. Die „40-Punkte-Forderungen“ der Maoisten, die 1996 am Vorabend ihres bewaffneten Aufstandes herausgegeben wurden, enthalten Forderungen wie die „Kontrolle und Systematisierung“ der nepalesisch-indischen Grenze, das Verbot von Autos mit indischem Kennzeichen und die Unterdrückung hindi-sprachiger Filme, Videos, Zeitschriften und Zeitungen. In einer Reihe jüngster Erklärungen haben die indischen Maoisten ihre ehemaligen Genossen in Nepal wegen ihrer „gefährlichen reformistischen Positionen“ kritisiert. Doch die nepalesischen Maoisten führen die Logik von mao-stalinistischem Nationalismus und Klassenzusammenarbeit nur bis zur letzten Konsequenz.

Schmiedet eine leninistisch-trozkistische Partei!

Indiens vielgepriesene Entwicklung in den letzten beiden Jahrzehnten ist nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zugute gekommen: der stinkreichen Bourgeoisie und einer kleinbürgerlichen Technokraten-/Managerschicht in den Städten. Die Arbeiterklasse leidet unter entsetzlichen Arbeits- und Lebensbedingungen und unter Hungerlöhnen, und überall breiten sich schmutzige Slums aus, da vertriebene Bauern in die Städte strömen, um nach Arbeit zu suchen. Damit die Herrschenden ihre unterdrückerische Kontrolle aufrechterhalten können, schüren sie die Gegensätze von Kasten, Religionen, Sprachen usw.

Die Verhältnisse schreien nach jener Art von Perspektive, für die Lenin und Trotzki in der Oktoberrevolution von 1917 gekämpft haben: Machtergreifung der Arbeiter an der Spitze der unterdrückten Massen, Agrarrevolution zur Befreiung der Bauernschaft, Vergesellschaftung und rationale Neuorganisation der Wirtschaft im Interesse der menschlichen Bedürfnisse, nicht des Profits, und Kampf zur internationalen Ausweitung der sozialistischen Revolution, vor allem auf die imperialistischen Kernländer. Nur eine solche Perspektive kann in Indien die Grundlage schaffen für eine geplante wirtschaftliche Entwicklung, die den verarmten Bevölkerungsgruppen wie den Adivasis zugute kommt, statt deren Leben zu zerstören.

Eine soziale Befreiung in Südasien wird nicht durch isolierte Kämpfe in den Wäldern und Dschungeln erreicht werden, sondern erfordert die Mobilisierung des städtischen Proletariats unter revolutionärer Führung. Im Kampf zur Schmiedung einer solchen Führung kann man aus der im Zweiten Weltkrieg geleisteten Arbeit der Bolschewistisch-Leninistischen Partei Indiens (BLPI), der indischen Sektion der trotzkistischen Vierten Internationale, wichtige Lehren ziehen. Während die Stalinisten den britischen Imperialismus unterstützten und gegen den Kampf für Indiens Unabhängigkeit eintraten und später wieder die Arbeiter dem bürgerlichen Kongress unterordneten, kämpfte die BLPI



Nowost

Sowjetregierung veröffentlichte einen Tag nach proletarischer Machtergreifung im Oktober 1917 „Landdekret“ zur Enteignung des Großgrundbesitzes. Rechts: Usbekischer Bauer erhält Urkunde über Land und Vieh

heldenhaft für eine marxistische proletarische Perspektive.

Diese stolze Geschichte wurde später weggeworfen, angefangen 1948 mit der Auflösung der BLPI zum Zwecke eines liquidatorischen Eintritts in die durch und durch reformistische Sozialistische Partei von J. P. Narayan. In den folgenden Jahren wurden die Überbleibsel des einstmaligen eindrucksvollen trotzkistischen Kaderstamms Indiens der Sozialdemokratie einverleibt. Als daher Ende der 1960er-Jahre eine neue Welle des jugendlichen Radikalismus in Indien aufkam, wurde sie in die Sackgasse des naxalitischen Maoismus geführt. Und die kleinen vorgeblich trotzkistischen Gruppen, die seit den 1970er-Jahren aktiv waren und in der Regel dem revisionistischen „Vereinigten Sekretariat“ (VS) des inzwischen verstorbenen Ernest Mandel angehörten, propagierten weiterhin eine klägliche Anpassung an nichtrevolutionäre Kräfte. Mitte der 2000er-Jahre fiel die indische VS-Sektion auseinander und verschwand von der Bildfläche.

Die IKL kämpft für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale als Weltpartei der sozialistischen Revolution. Militante in Indien, die den Weg zum revolutionären Marxismus suchen, müssen sich mit dem Programm des Trotzkismus und der Geschichte der frühen BLPI auseinandersetzen, die als Einzige einen Weg zur indischen Arbeiterrevolution und zu einer sozialistischen Föderation Südasiens aufzeigen. Wie die BLPI in ihrem 1942 veröffentlichten Gründungsprogramm schrieb:

„Die Bauernschaft, die zahlreichste und zersplitterteste, die rückständigste und unterdrückteste Klasse, ist zu örtlichen Aufständen und zu Partisanenkriegen fähig, benötigt aber als Führung eine progressivere und stärker zentralisierte Klasse, damit dieser Kampf auf eine gesamt-nationale Ebene gehoben werden kann. Ohne eine solche Führung kann die Bauernschaft allein keine Revolution machen. Die Aufgabe einer solchen Führung liegt natürlich beim indischen Proletariat, das als einzige Klasse die werktätigen Massen bei ihrem Ansturm gegen Imperialismus, Großgrundbesitz und einheimische Fürsten führen kann...“

Aber durch die Führungsrolle der Arbeiterklasse in der bürgerlich-demokratischen Revolution ergibt sich für die Arbeiterklasse die Aussicht, die Macht zu ergreifen und nicht nur die schon lange überfälligen bürgerlich-demokratischen Aufgaben zu erledigen, sondern zusätzlich ihre eigenen sozialistischen Aufgaben anzupacken. Und so entwickelt sich aus der bürgerlich-demokratischen Revolution ohne Unterbrechung die proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats als

der einzigen Staatsform, die in Indien die Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie ersetzen kann...

Das endgültige Schicksal der Revolution in Indien wird, wie in Russland, in der Arena der internationalen Revolution entschieden werden. Und Indien wird auch nicht aus eigenen Kräften den Übergang zum Sozialismus vollenden können. Nicht nur die Rückständigkeit des Landes, sondern auch die internationale Arbeitsteilung und die vom Kapitalismus selbst geschaffene wechselseitige Abhängigkeit der verschiedenen Teile der Weltwirtschaft voneinander verlangen, dass diese Aufgabe der Errichtung des Sozialismus nur im Weltmaßstab erfüllt werden kann. Das indische Proletariat wird natürlich mit der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft beginnen, soweit dies unter den konkreten Umständen möglich ist, doch die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft wird von dem Verlauf der internationalen Revolution abhängen. Die siegreiche Revolution in Indien jedoch, die dem ältesten und am weitesten verbreiteten Imperialismus der Welt einen tödlichen Schlag versetzen wird, wird einerseits die tiefste Krise der gesamten kapitalistischen Welt herbeiführen und den Weltkapitalismus in seinen Grundfesten erschüttern. Andererseits wird sie Millionen von Proletariern und Kolonialsklaven auf der ganzen Welt inspirieren und schlagartig aktiv werden lassen und so der Weltrevolution den Weg bahnen.“ ■

Abonniere jetzt!

Workers Vanguard, zweiwöchentliche Zeitung der Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl. Spartacist (englische Ausgabe) und Black History and the Class Struggle

Luftpost € 18,-

Bestellt bei: Verlag Avantgarde Postfach 2 35 55 10127 Berlin

Konto 11988-601 Postbank Frankfurt/M. BLZ 500 100 60 BIC PBNKDEFF IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01

SPARTAKIST

Indien:

Nieder mit dem Krieg gegen Maoisten und Stammesvölker!



Indian Vanguard



AFP

Links: Massenkundgebung maoistischer Unterstützer in Haiderabad, September 2004. Rechts: Paramilitärs verhaften bei Razzia gegen Maoisten Dorfbewohner im Bezirk West Midnapore, Westbengalen, Juni 2009

Nachfolgend drucken wir eine leicht redigierte Übersetzung aus Workers Vanguard Nr. 962 vom 20. Juli ab.

In einer Ende letzten Jahres begonnenen Militäroffensive hat Indiens Regierung bis zu 100 000 vom Militär unterstützte, schwerbewaffnete Polizisten mobil gemacht, um maoistische Guerillakräfte im östlichen und zentralen Binnenland zu zerschlagen. Premierminister Manmohan Singh von der Kongresspartei, die das Koalitionsregime der United Progressive Alliance (UPA) anführt, bezeichnete den von der Kommunistischen Partei Indiens (Maoisten) – im Folgenden CPI (Maoist) genannt – geführten Aufstand als „die größte einzelne Herausforderung der inneren Sicherheit, mit der unser Land je konfrontiert war“. Laut Regierungsquellen sind Maoisten in nahezu einem Drittel aller Verwaltungsbezirke Indiens aktiv, von der nördlichen Grenze mit Nepal bis nach Andhra Pradesh im Süden.

Die Offensive, Operation Grüne Jagd genannt, hat eine blutige Terrorkampagne entfacht. Ein Bericht schilderte, wie „Polizeikräfte eines frühen Morgens im letzten Oktober die Einwohner von Gompad, einem entlegenen Dorf im ostindischen Staat Chhattisgarh, umzingelt und angegriffen haben. Sechzehn Menschen wurden getötet, darunter ein älteres Ehepaar und ihre 25jährige Tochter, der ein Messer in den Kopf gestoßen und die Brüste abgeschnit-

ten wurden. Ihr zweijähriger Sohn überlebte, aber ihm wurden drei Finger abgehackt... Die Bullen verdächtigten die Dorfbewohner, mit den maoistischen Aufständischen zu sympathisieren, und hielten einige für Informanten.“ (Megha Bahree, „India’s Dirty War“ [Indiens schmutziger Krieg], forbes.com, 10. Mai)

Ungeachtet des Medienrummels um Indien als zukünftiger wirtschaftlicher Supermacht hat sich die bittere Armut, unter der der größte Teil der Bevölkerung leidet, durch die seit 1991 von den Herrschern des Landes in Gang gesetzten neoliberalen Reformen verschlimmert. Während eine kleine Schicht von Kapitalisten ungeheuerer Profite angesammelt hat, wurden die Arbeiterklasse und die städtischen und ländlichen Armen von schonungslosen Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und der Demontage der Agrarpreisstützung betroffen. Landenteignung und Schuldknechtschaft hatten von 1997 bis 2007 wenigstens 183 000 Selbstmorde unter den Bauern zur Folge – einen alle 30 Minuten. Mehrere zehn Millionen von ihrem Land vertriebener Bauern sind in die Städte abgewandert, wo die meisten in stinkenden Slums leben. Die Armut ist so allgegenwärtig, dass mehr als 40 Prozent aller Kinder Indiens unter 5 Jahren an Unterernährung leiden.

Fortgesetzt auf Seite 22

Nur Arbeiterrevolution kann die indischen Massen befreien